:antifaschistische nachrichten

Nr. 25

g 3336 4.12.2003 19. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Knütter eingeladen

St. Augustin. Trotz kritischer Stimmen hält die „Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung“ (OMV) in der CDU des Rhein-Sieg-Kreises an der Einladung des umstrittenen Bonner Politologen Hans-Helmuth Knütter fest. Knütter, Mitherausgeber des sogenannten „Handbuch des Linksextremismus“, der auch schon bei der neofaschistischen „Gesellschaft für freie Publizistik“ referierte, soll am 16. Dezember bei der OMV zum Thema „Linksextremismus – heute so gefährlich wie früher!“ sprechen.

CDU-Kreisvorsitzender Krautscheid verwahrte sich gegen Vorwürfe, seine Partei lasse Redner mit „brauner Gesinnung“ zu Wort kommen. Eine Ausladung sei nicht geplant. Er wolle Knütter aber „sehr genau beobachten“. Der Vorsitzende der OMV in der CDU, Hans Eifler, gab an, nichts von einer Verbindung zwischen Knütter und Martin Hohmann zu wissen. Knütter und Hohmann stehen nicht nur gemeinsam unter einem Aufruf, in dem gegen die Beobachtung der „Jungen Freiheit“ durch den sog. „Verfassungsschutz“ protestiert wird, sondern waren 1997 auch beide Gründungsmitglieder der rechten „Arbeitsgemeinschaft Freie Publizisten, Schriftsteller und Wissenschaftler im Bund der Selbständigen (BDS) – Stimme der Mehrheit“. Mittlerweile prüft der BDS-Bundesverband eine Trennung von seinem Landesverband in Nordrhein-Westfalen, in dessen „Arbeitsgemeinschaft“ seit Jahren Autoren rechtsextremer Verlage tätig sind.

Die „Grünen“ im Rhein-Sieg-Kreis haben die CDU aufgefordert Knütter, der in Bornheim CDU-Mitglied ist, aus der Partei auszuschließen.

hma ■

Aus dem Inhalt:

Kampagne aus dem Umfeld der Jungen Freiheit gegen CDU/CSU-Führung 7
Führungsakademie der Bundeswehr empfängt Neue Rechte 9
Theaterstreit in Erlangen . . . 14



Am 20.11. fand in Jena die Herbstkonferenz der Innenminister statt. Flüchtlingsorganisationen protestierten im Vorfeld der Konferenz für Bleiberecht und für die Aufhebung der Arbeitsverbote. Siehe Artikel Seite 12

„Banken sollten verzichten“

I.G. Farben Zocker missbrauchen Opfer

Frankfurt. Die I.G. Farben AG i.A. ist zahlungsunfähig und steht seit dem 11. November 2003 unter Verwaltung einer gerichtlich bestellten Insolvenzverwalterin. Die bisherigen Liquidatoren Otto Bernhardt, MdB, und RA Volker Pollehn (beide CDU) haben keine Kontrolle mehr über das Unternehmen, bleiben aber Vorstände der Stiftung zur Entschädigung von Zwangsarbeitern, die I.G. Farben im Jahr 2000 gegründet hat.

Das Restvermögen der Firma besteht aus wenigen Immobilien, die voraussichtlich von der Insolvenzverwalterin verkauft werden. Der Verkaufserlös dürfte an mehrere Banken fließen, denen I.G. Farben 28,2 Mio. Euro schuldet. Die überlebenden Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter des einstigen Nazikonzerns gehen höchstwahrscheinlich leer aus. Ihre einzige Hoffnung, nach mehr als 50 Jahren verschleppter Liquidation der I.G. Farben wenigstens noch symbolische Entschädigungen zu erhalten, besteht in einem Verzicht der Kredit gebenden Banken.

„Die Gläubigerbanken müssen auf das Blutgeld aus dem Restvermögen der I.G. Farben verzichten und es den Zwangsarbeitern überlassen, die den höchsten moralischen Anspruch darauf haben,“ fordert deshalb der Geschäftsführer des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre, Henry Mathews.

Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ berichtete am 17.11., dass Aktionäre die Stiftung der Firma benutzen wollen, um bei der Schweizer Großbank UBS vermeintliches Alt-Eigentum der I.G. Farben einzuklagen. Mathews: „Die Zocker-Aktionäre der I.G. Farben missbrauchen die Opfer des einstigen Nazi-Konzerns, um weiterhin ihre eigenen Taschen zu füllen ... Die Stiftung wurde auf Beschluss der Hauptversammlung 1999 gegründet, um überlebende Zwangsarbeiter zu entschädigen, aber nicht, um Aktionäre reich zu machen.“

Zur Zeit kann die Stiftung mit ihren geringen Mitteln und ohne Personal weder die Betreuung des Archivs gewährleisten noch Entschädigungszahlungen leisten, obwohl Anträge dafür vorliegen. Selbst ihre künftige Adresse ist unklar, man könne nur „hoffen, dass die Insolvenzverwalterin uns die Räume noch einige Zeit lässt.“ so Bernwardt, einer der Kuratoren.

Die Kritischen Aktionäre fordern seit Jahren, die Leitung der Stiftung an die Zwangsarbeiter oder von ihnen benannte Vertreter zu übertragen.

www.kritischeaktionaere.de ■

Unbefangene Rhetorik ?

Berlin. Arnulf Baring, einst Redner beim rechten „Bund Freier Bürger“ und im vergangenen Jahr noch Teilnehmer einer Diskussion, die vom um die „Junge Freiheit“ angesiedelten „Institut für Staatspolitik“ durchgeführt wurde, beklagt ein angeblich fehlendes Selbstbewusstsein der Deutschen.

Diese machten „Auschwitz zur Grundlage ihrer Selbstdeutung“. Aber aus einer Katastrophe und einem Verbrechen wie dem Holocaust könne man „kein Selbstgefühl pflanzen“. Nötig sei, so Baring unlängst vor dem Bankenverband NRW, zwar kein Schlussstrich, denn „das klebt an uns so lange es Deutschland gibt“, sondern ein neuer Zugang, eine „unbefangene Rhetorik zum Dritten Reich“.

Nur mit einem „halbwegs positiven Verhältnis zu uns selbst, kommen wir da raus“, so Baring.

„Hitler wabert um uns herum und verhext unser Denken“, so Baring in einem Interview mit der „NWZ“. „Das Dritte Reich war etwas Furchtbares, aber auch Begrenztes, das nach 12 Jahren erledigt war. Wir müssen diese Zeit zur Ruhe legen“.

Es werde nur besser, „wenn wir positiver denken und Selbstgewissheit gewinnen“. Auch die Eliten seien „ein Spiegelbild der allgemeinen Stimmung“, so Baring. Man merke dies „an der kranken Diskussion über Hohmann“. „Das war ein lächerlich kleiner Fehltritt, der zu etwas ungeheuer Großem aufgepustet wurde“ und ein „krankhafter Versuch, alles an der Elle des politisch Korrekten zu messen“. Das „ganze Gerede“ von „angeblich bedrohlichen Rechtsradikalen“ halte er für „Quatsch“.

Hingegen störe ein angeblich „nach links verschobenes Parteienspektrum“ die „Balance der Kräfte der Bewegung und der Beharrung“, so Baring. Auch CDU-Chefin Merkel habe unsichere Instinkte und sei „sozialdemokratischer“ als eigentlich für eine Chefin der Unionspartei richtig ist.

RP 21.11.03 / NWZ 15.11.03 - hma ■

Post-Faschist

Italien/Rom. Die italienische Rechtspartei „Alleanza Nazionale“ hat ihren Abgeordneten Antonio Serena aus der Partei ausgeschlossen. Serena hatte ein Video mit der Biographie des zu lebenslanger Haft verurteilten NS-Kriegsverbrechers Erich Priebke unter dem Titel „Vae Victis“ an andere Parlamentarierer verschickt. Der frühere SS-Offizier Priebke, u.a. Leserbriefschreiber in „Nation und Europa“ und der „Deutschen National-Zeitung“, war 1944 an der Erschießung von 335 Geiseln in Rom beteiligt. *hma* ■

NPD-Nachwuchs marschiert

NRW. Gleich drei Veranstaltungen kündigt die NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ in Nordrhein-Westfalen für den Dezember an. Am 13. Dezember soll ein „Julfest“ mit Suppen, Gebäck und Glühwein stattfinden, am 20.12. eine „Wintersonnenwendfeier“ und am 31. Dezember ein „Silvestermarsch“. Als Kontaktadressen werden der JN-Landesvorsitzende Nico Wedding aus Duisburg bzw. der „Amtsleiter Neue Medien“ Mathias Rochow angegeben. *hma* ■

MTM insolvent

Bad Soden-Salmünster/Kiel. Der MTM-Versand um Martina Waßmuth, der bislang auch die „Deutsche Militärzeitschrift“ (DMZ) vertrieb, ist zahlungsunfähig. Fortgeführt werden die Aktivitäten des MTM-Versandes durch den Kieler Verleger Dietmar Munier („Arndt-Buchdienst/Europa-Buchhandlung“).

Der ehemalige Aktivist des NPD-Jugendverbandes „Junge Nationaldemokraten“ präsentiert sich in der neuesten Ausgabe des Versandkataloges „Lesen & Schenken“ auf einem Foto mit seinem „väterlichen Freund Franz W. Seidler“. Der emeritierte Professor der Bundeswehr-Universität in München hat im „Pour le Merite-Verlag“ gerade ein Buch mit dem Titel „Avantgarde für Europa. Ausländische Freiwillige in Wehrmacht und Waffen-SS“ herausgegeben. Ein Standardwerk über die „ersten Europäer“, so Munier. An der Herausgabe des verspäteten Heftes der „Deutschen Militärzeitschrift“ arbeite gerade ein „neuer Herausgeber“ unter „Hochdruck“, heißt es in dem neuen Versandkatalog, in dem u.a. auch Anstecker mit der Aufschrift „Nationaler Widerstand“ angeboten werden. *hma* ■

Anschlag auf Hagener Synagoge

Hagen. In der Nacht vom 21. auf den 22. November haben Unbekannte die Hagener Synagoge in der Potthoffstraße mit antisemitischen Parolen beschmiert („fuck israel“ u. a.). Sofort nach Bekanntwerden der Tat rief die Antifa Hagen zu einer Solidaritätskundgebung für die Hagener jüdische Gemeide vor der Synagoge auf.

Die Hagener Polizei will nun wieder rund um die Uhr eine mobile Wache vor der Synagoge postieren. Diese war nach dem Ende des sogenannten „Aufstand der Anständigen“ schnell wieder vor der Synagoge abgezogen worden und stand im vergangenen Sommer meist zur Drangsalierung Obdachloser im Hagener Volkspark.

Dass die Polizei nach eigenen Angaben niemals mit einem solchen Anschlag gerechnet hat, zeigt nur ein weiteres Mal die Unfähigkeit der Hagener Polizei die Gefahr des Antisemitismus richtig einzuschätzen. Ein entschiedenes Vorgehen von Seiten der Hagener Polizei gegen Antisemitismus hat es bisher nicht gegeben. So konnte noch vor wenigen Wochen der Neonazi Horst Mahler im Beisein des Staatsschutzes in einer Hagener Gaststätte ungestört über die „jüdische Weltverschwörung“ fabulieren, Veranstalter war damals das neonazistische „Deutsche Kulturwerk“. Eben dieses konnte ausgerechnet heute wieder eine Veranstaltung in der näheren Umgebung durchführen. In der Gevelsberger Gaststätte „Haus Lichtenplatz“ hetzte das NPD-Vorstandsmitglied Holger Apfel unter Polizeischutz ungestört gegen Israel. Mitglieder der Antifa Hagen, die die antisemitische Veranstaltung verhindern wollten, wurden von einem massiven Polizeiaufgebot zurückgedrängt.

Antifa Hagen c/o Quadrux Buchladen
Langestr. 21, 58089 Hagen
E-mail: antifa-hagen@gmx.de ■

Nazikonzert am 22.11.

Bergisdorf. Am 22.11.03 hat die NPD Thüringen in Bergisdorf bei Zeitz (Sachsen-Anhalt) eine Veranstaltung mit den Bands Eugenik, Blutstahl, Sachsonia, Thor, Jungsturm, Act of Violence, Frontalkraft, Sleipnir, DNA und den Rednern Frank Schwerdt (Landesvorsitzender Thüringen, Bundesgeschäftsführer NPD) und Ralf Ollert (Stadtrat für BI Ausländerstopp Nürnberg) angemeldet. Die Versammlungsleitung liegt bei Gordon Richter und Andre Berghold (beide Landesvorstand NPD Thüringen). In ähnlicher Besetzung hat eine solche Veranstaltung nach NPD Angaben bereits am 25.10. in Gera stattgefunden. Richter und Berghold u.a. (auch Kreisvorstand Gera) sind ebenfalls für das NPD Openair im Juni diesen Jahres in Gera verantwortlich. *afa.halle@gmx.de* ■

600 Menschen protestierten in Marienfels gegen Aufmarsch von Neofaschisten

Marienfels. Gut 600 Menschen fanden sich am22.11. in Marienfels ein, um gegen einen Aufmarsch von alten und neuen Nazis zu demonstrieren. Ein breites Bündnis hatte zu dieser Demo aufgerufen. Bürgermeister Harlos zeigte sich mit der Resonanz und auch mit dem

friedlichen Verlauf sehr zufrieden. Was den Gedenkstein betrifft, ließ er indessen keinen Zweifel offen: es bleibt bei dem Beschluss des Gemeinderats, den Stein zu entfernen. Schließlich will man nicht, dass Marienfels, ähnlich wie Wunsiedel, zu einem Wallfahrtsort für Rechtsextreme wird.

„Zivilcourage zeigen und der Ideologie des Hasses ein klares Nein entgegen zu setzen", forderte der Redner der Antifa. „Antifaschistisches Handeln bedeutet aber auch gesellschaftliche Bedingungen und Tendenzen zu benennen, die den Nährboden für faschistoides Denken und Handeln bereiten." Dazu gehört unter anderem auch, dass mittlerweile neofaschistische Aufmärsche wieder möglich sind, wo in Redebeiträgen nationalistisches und rassistisches Gedankengut wieder öffentlich geäußert werden kann. „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen", so das Motto des Bündnisaufrufs.

In Marienfels hatten sich gut 100 alte und neue Nazis eingefunden. Sie waren gezwungen, eine stark verkürzte Route im Gegensatz zu ihrer ursprünglichen Planung und Anmeldung zu akzeptieren.

Auch darüber zeigte sich das Bündnis sehr zufrieden

Presseerklärung für das Bündnis , AntiFa Nierstein
e-Mail:: mail@antifa-nierstein.de ■

„Vikingship" versenkt!?

GELSENKIRCHEN. Laut einem Bericht des Lokal-Radiosenders „Radio-Emscher-Lippe (REL)" am Mittwoch den 19.11.2003, hat der Vermieter des „Vikingship" auf der Cranger Straße 155 in Gelsenkirchen-Erle den Mietvertrag zum Ende dieses Jahres gekündigt. Weiter hat der rechte Laden jetzt schon keine regelmäßigen Öffnungszeiten mehr. Dazu kam es, als nach der Demonstration gegen den rechten Verkaufsladen „Vikingship" am 8.11.2003 einige erboste Aufschreie in der Öffentlichkeit zu vernehmen waren. Es wurde die Polizeibrutalität gegenüber den „linken" DemonstrantInnen kritisiert und die Schließung des „Vikingship" gefordert. In Folge dieser Aufschreie hat die Gelsenkirchener Bezirksvertretung Ost einstimmig eine Resolution verabschiedet, in der sich gegen die Ansiedlung des Ladens „Vikingship" an der Cranger Straße ausgesprochen wurde. Weiter forderten die BezirksverordnetInnen die HauseigentümerInnen auf, den Mietvertrag mit den BetreiberInnen umgehend zu kündigen, da der Laden eine potenzielle Gefahrenquelle für die öffentliche Sicherheit darstelle und sie im Bezirk Ost keinen Anziehungspunkt für die rechte Szene wollen.

Dies hat der Vermieter nun auf Grund des öffentlichen Drucks getan. Nach neuen (bisher unbestätigten) Gerüchten soll der „Vikingship" vorhaben, nach Gelsenkirchen-Buer umzuziehen.



Weiterhin existiert zur Zeit immer noch die rechte Szenekneipe „Ruhrpott Classic" in Gelsenkirchen-Horst, die vielleicht noch mehr als das „Vikingship" einen Treffpunkt für Rechte darstellt und in dem Nazis leichter neue Leute für ihre menschenverachtende Ideologie begeistern können. Das „Ruhrpott Classic" dient auch überregional als Anlaufstelle für die Rechte und sichert organisierten Nazis eine „gute" Einnahmequelle für ihre menschenverachtende Arbeit.

„Vikingship" versenkt!?, „Ruhrpott Classic" dichtmachen!!!

Antifa Gelsenkirchen ■

Naziaufmarsch am 6.12 in Nürnberg verhindern

Antifa Demo am 6.12.03 um 10 Uhr am Rathenauplatz, Nürnberg

NÜRNBERG. Am 6. Dezember wollen wieder Neonazis um den Zirndorfer Faschisten Gerd Ittner durch Nürnberg marschieren. Durch permanente Präsenz auf den Straßen Nürnbergs wollen sie die Bevölkerung zermürben und ihre Position in der Stadt festigen. Für das kommende Jahr sind weitere provokante Aufmärsche der
Faschisten zu erwarten. ...
Ignorieren hilft nicht! Oft wird gefragt, ob es nicht das Beste sei, die Faschisten und ihre Aufmärsche einfach zu ignorieren, um ihnen nicht zusätzliches Gewicht zu verleihen. Doch seit über zehn Jahren zeigt sich deutlich: Durch Ignorieren lassen sich Faschisten nicht bekämpfen – ganz im Gegenteil werden sie dadurch gefördert.

aus dem Aufruf des Nürnberger Schülerbündnisses
www.schuelerbuendnis.de ■

Nazi-Sprengstofflabor gefunden

THÜRINGEN. Das Sprengstofflabor eines Neonazis entdeckte die Polizei bei einer Hausdurchsuchung am 27.11. in Ohrdruf bei Gotha. Ein als Mitglied der örtlichen rechten Szene bekannter 19-Jähriger hatte die Werkstatt in einem Anbau des Wohnhauses seiner Eltern eingerichtet. Es wurden explosive Stoffe und eine Reihe von Chemikalien sichergestellt. Zudem befand sich auf dem Grundstück ein größerer Versammlungsraum, in dem verbotene Neonazi-Symbole sichergestellt wurden. Die Region Ohrdruf gilt als eines der Zentren rechter Aktivitäten in Thüringen. In jüngster Zeit waren dort verstärkt Übergriffe auf Aussiedler aus Staaten der früheren Sowjetunion registriert worden.Die PDS-Landtagsfraktionhat eine Sondersitzung des Innenausschusses des Landtags gefordert und die Offenlegung des Ausmaßes rechtstremer Bestrebungen und Organisierung in Thüringen. *junge Welt 29./30.11.03* ■

Rechte Fördergemeinschaft für Soldatenverbände trifft sich wieder bei Burschenschaft Teutonia-Germania

MARBURG. Wie aus der Oberhessischen Presse vom 18.11.2003 zu erfahren war, trifft sich die Fördergemeinschaft für Soldatenverbände (FfS) wieder in den Räumen der Burschenschaft Teutonia-Germania in der Schückingstraße 17 in Marburg. Die seit Jahren als antisemitisch und extrem deutsch-national bekannte FfS, deren Mitglieder sich u.a. aus Amtsträgern konservativer bis rechtsradikaler Parteien (CDU, REP, NPD) zusammensetzten, fiel in den letzten Jahren dadurch auf, dass sie sich vehement gegen die sogenannte „Wehrmachtsausstellung" einsetzte und Vorträge abhielt, deren Redner zum Teil dem rechtsradikalen Lager angehörten. Einen dieser Vorträge sollte im August 2001, in den damals regelmäßig von der FfS genutzten Räumen der Burschenschaft, der bekannte rechtsradikale

Redner Wolfgang Juchem abhalten. AntifaschistInnen verhinderten den Vortrag durch eine Blockade. Die Burschenschaft wurde erst an diesem Tag darüber informiert, wer in ihren Räumen reden sollte, und war darüber so verärgert, dass sie der FfS die weitere Nutzung ihrer Räume untersagte.*

Dies scheint jetzt wieder vergessen zu sein, hielt die FfS doch laut Oberhessischer Presse dort einen Stammtisch ab. Möglich wurde dies, weil die FfS einen Zusammenschluss mit der Kameradschaft Marburger Jäger (KMJ) plant oder schon vollzogen hat und die KMJ die Räume der Burschenschaft seit Jahren nutzt. Der Stammtisch trifft sich jetzt offenbar unter dem Namen „Kameradschaft Marburger Jäger/2.PzGrenDiv – Fördergemeinschaft für Soldatenverbände". Es bleibt die Frage, ob sich die Burschenschaft wieder hat täuschen lassen, zumal dies ihrem Bemühen um öffentliche Distanz zur rechtradikalen Szene zuwiderlaufen würde.

ZDM Marburg, Friedhelm Schwarzer ■

* vergleiche auch Presseartikel Marburger Neue Zeitung vom 10.8.2001, Marburger Magazin Express vom 9.11.2001, Oberhessische Presse vom 11.8.2001

Wer mal keine Demo oder einzelne Outingaktionen organisieren möchte, dem sei eine Aktionsform empfohlen, die jüngst in Bremen erprobt wurde. Am symbolträchtigen Datum 9. November startete in Bremen eine Bustour, bei der aktuelle und historisch interessante Orte angefahren wurden.

Antifa Bustour in Bremen und Umgebung

Neben „Besuchen“ bei aktiven Alt- und Neonazis standen auch Wohnorte Rechtskonservativer auf dem Programm. Ein Ziel war, die Umgebung über die Umtriebe ihrer NachbarInnen zu informieren. Darüber hinaus sollte darauf hingewiesen werden, dass es sich nur um die „Gipfel der Eisberge“ in einer Gesellschaft handelte, in der Rechtssein Normalität ist. Das heißt alle angefahrenen Orte und Personen standen nicht nur für sich selbst, sondern gleichermaßen symbolisch für konservative, rechtsextreme und neofaschistische Politik und Strukturen in ihrer Gesamtheit. Außerdem wurden historische Stätten angefahren, die Zeugnis von Verfolgung und Vernichtung im Nationalsozialismus sind. Anhand von konkreten Orten sollten die Verbrechen der Nazis vergegenwärtigt werden.

Die Stationen



In Bremen wurde zunächst das auf dem Gelände von Mercedes Benz stehende Borgward-Denkmal verhüllt. Borgward war ein in Bremen ansässiges Autounternehmen, das schnell nach dem II. Weltkrieg einging. Während des Krieges waren bis zu 65% der Arbeitenden Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter. Produziert wurde neben zivilen Fahrzeugen Kriegsgerät, das den Betriebsherren hohe Gewinne einbrachte. In Bremen hat Borgward wegen seiner schönen Autos einen guten Stand, und über die Unternehmensgeschichte wird geschwiegen.

Dann gings nach Achim-Uesen. Dort wohnt der Bauunternehmer Heinrich Rathjen, der gemeinsam mit anderen unter dem Deckmantel des Konservatismus einmal monatlich Vorträge organisiert. Unter den Rednern und Gästen dieser „Unabhängigen Bürgergemeinschaft“ befinden sich alte und junge Nazis, die Themen sind tendenziell rechtspopulistisch gewählt. Zu einem ersten Eklat führte die Veranstaltung zum Bau einer Moschee in Achim, bei der kritische TeilnehmerInnen rausgeschmissen wurden. Bei dieser Station wurde plakatiert und Informationen verteilt.

Von Rathjen ging es zu einem alten Bekannten, zu Rigolf Hennig in Verden. Er ist Oberstabsarzt der Bundeswehrreserve und selbsternannter Staatspräsident eines imaginären „Freistaates Preußen“.

Als solcher träumt er von der Wiederherstellung des Deutschen Reiches einschließlich ehemaliger deutscher Kolonien. Glücklicherweise werden sich diese scheußlichen Großmachtphantastereien nie erfüllen. Säße er also bloß hin und wieder mit ein paar weiteren ewiggestrigen Kameraden im spinnerten Gedanken-



austausch auf dem Sofa, müsste man kein Wort über ihn verlieren. Seine Geschichte und seine gegenwärtigen Aktivitäten zeigen jedoch, dass dies notwendig ist.

Im Sommer 2003 setzte er sich in einem Brief an Joschka Fischer für den in Kanada in Haft befindlichen Holocaustleugner Ernst Zündel ein. In der Zeitschrift „Der Preuße“, dem „offiziellen Staatsorgan des Freistaates Preußen“, finden sich Beiträge von Horst Mahler, dem Rechts-Verleger Heinz Mahnke und Brigadegeneral a.D. Reinhard Uhle-Wettler, der sich für den Holocaustleugner David Irving einsetzte.

Als am 5. Februar 2003 das Verdener Manifest unter Mitwirkung von Horst Mahler verabschiedet wurde, war Rigolf Hennig ebenfalls dabei. Aufgrund dieses rassistischen und antisemitischen Pamphletes wird wegen Volksverhetzung ermittelt. Bei dieser Station wurden Aufforderungen des „Freistaates Preußen“ verteilt, sich per Speichelprobe, abzugeben bei besagtem Hennig, an der „Feststellung des preußischen Genpools“ zu beteiligen. Auf der Rückseite fanden sich dann Informationen über Hennig.

Dann gings nach Schwarme, dort lebt und arbeitet der Tonstudioinhaber Johannes M., der, obwohl selbst kein ausgemachter Nazi, gerne Aufnahmen für Nazibands wie zum Beispiel Endlöser, Boots Brothers oder Oidoxie produziert. Ihm sollte eine „letzte Warnung“ übergeben werden, doch er weigerte sich mit uns zu sprechen und zog es vor, die Tür nicht aufzumachen. Regionale Medien und Antifazeitungen machten schon vorher auf das Tonstudio aufmerksam. Doch eine Busladung Leute vor der Tür zu haben, ist vielleicht nochmal anders beeindruckend...

Im gleichen Ort wohnt seit einiger Zeit Robert Warnecke, ein Kameradschaftsführer aus dem Bremer Umland, mit seiner Familie. Auf sein Konto gehen in den letzten Jahren die Organisation von Nazirockkonzerten mit mehreren hundert TeilnehmerInnen in Kirchseelte südlich von Bremen, wo er bis November 2002 wohnte. Er war an diversen Aufmärschen, Infotischen etc. beteiligt. Auch ihm wurde ein Besuch abgestattet, Zettel verteilt und die Nachbarinnen und Nachbarn informiert .

Die letzte Station war in Stuhr-Obernheide, wo sich während des Krieges ein Außenlager des Konzentrationlagers Neuengamme befand, wo 800 jüdische Zwangsarbeiterinnen gefangen waren und zu Aufräumarbeiten nach Bombenangriffen in der Bremer Innenstadt eingesetzt wurden.



Am 4. April 1945 wurde das Lager von der SS geräumt, der anschließende Todesmarsch endete im KZ Bergen-Belsen. Heute ist nichts mehr von dem Lager zu sehen. Es wurde direkt nach Kriegsende abgerissen. Mit dem Abriss verschwand auch jeglche Erinnerung an das Außenlager. Erst in den 80er Jahren konnte durch das Bemühen Einzelner ein Teil der Geschichte rekonstruiert werden. Bis heute ist das Mahnmal weitgehend unbekannt. Diese Station der Bustour stand im Zeichen des Gedenkens, es wurde ein Kranz niedergelegt und Transparente am Straßenrand aufgehängt.

Die Fahrt zwischen den einzelnen Stationen wurde dazu genutzt, die Mitfahrenden zu informieren. Während auf der gesamten Tour so für die Busreisenden wohl am meisten passierte, waren die einzelnen Orte von Sonntagsruhe geprägt. Die Aufenthalte an den einzelnen Orten waren relativ kurz, aber überall hinterließ die Bustour kleine Spuren, wie zum Beispiel Aufkleber, verteilte Nachbarschaftsinfos etc.

Der Kontakt mit den Ordnungskräften blieb auf der gesamten Strecke aus – ein Vorteil des schnellen Busfahrens von einem Ort zum anderen.

In diesem Sinne: macht eins, zwei, viele Bustouren!

AntifaschistInnen aus Bremen ■

Das jetzige Landeskrankenhaus Wehnen war während der Nazi-Zeit ein Tatort der Euthanasie:

Endlich kommt die Gedenkstätte

von Thomas Klaus

WEHNEN (LANDKREIS AMMERLAND). Mit einer Gedenkstätte auf dem Gelände des Landeskrankenhauses Wehnen wird voraussichtlich im Frühjahr 2004 ein großer Wunsch des 1999 gegründeten Gedenkkreises Wehnen e.V. in Erfüllung gehen. In ihm sind Angehörige von Opfern der NS-Euthanasie in der ehemaligen „Heil- und Pflegeanstalt“ organisiert. Im jetzigen Landeskrankenhaus Wehnen im Landkreis Ammerland, nur einen Steinwurf von der Stadtgrenze zu Oldenburg entfernt, wurden während der Nazi-Zeit – allerdings auch kurz vor und nach ihr – mehr als 1.500 Menschen als „unnütze Esser“, als „Lebensunwerte“ umgebracht. Man ließ sie verhungern, verabreichte ihnen tödliche Medikamente oder nahm todbringende Infektionen in Kauf.

Viele Jahre später soll eine Gedenkstätte im ehemaligen Kühlraum für die Aufbewahrung und Obduktion von Leichen nicht nur über die NS-Euthanasie im Oldenburger Land, sondern auch über die Erbgesundheitspolitik und die Katastrophenmedizin im Zweiten Weltkrieg informieren. Während einer Feierstunde stellte die Museumspädagogin Susanne Schlechter das Konzept vor, während Sven Kranich die architektonische Seite beleuchtete.

Der Naturwissenschaftler und Historiker Dr. Ingo Harms hatte 1996 in seinem Buch „Wat mööt wi hier smachten...“ die Geschichte der „Heil- und Pflegeanstalt Wehnen“ dargestellt. Durch diese Dissertation wurde das Geheimnis gelüftet, das die Einrichtung in Wehnen jahrzehntelang umgeben hatte.

Von 1935 bis 1945 herrschte in Wehnen eine unvorstellbare räumliche Enge, ausgelöst durch eine völlige Überbelegung. Nur wenige Pflegekräfte und Ärzte wurden beschäftigt. Allein deshalb war klar, dass viele Patienten ihren dortigen Aufenthalt nicht überleben würden. In zahlreichen anderen Fällen wurde „nachgeholfen“. Dabei entwickelte sich der Hungertod immer mehr zu einer grausamen „Spezialität“ der Anstalts-Verantwortlichen. Patienten, die noch arbeitsfähig waren, bekamen andere, höhere Rationen zugewiesen als die Mitpatienten. Wehnens Verwaltungsoberinspektor Heinrich Siems, nach dem Ende der Nazi-Zeit Hauptverwaltungsbeamter im Gesundheitsbereich, war merklich stolz auf diese Methode. In einem Brief an die Kreisbauernschaft Ammerland vom 5. Oktober 1942 rühmte er sich: „Viele 1.000 Kilogramm Fleisch, Fette, Butter, Zucker sowie viele 10.000 Stück Eier habe ich weniger verbraucht, als ich dies nach den Bestimmungen ... hätte tun dürfen.“

Nach dem Krieg wurde über das Euthanasie-Kapitel in Wehnen der Mantel des Schweigens gehüllt und die Vergangenheit nach Kräften verdrängt. Das hat Ingo Harms erfahren. Beispielsweise konnten die leitenden Beamten des Landesfürsorgeverbandes (LFV) als der zuständigen Gesundheitsbehörde schnell wieder Karriere machen. Der eine wurde Oberstadtdirektor in Oldenburg, der zweite Oberkreisdirektor im Landkreis Oldenburg, und der dritte LFV-Chef stieg zum Vizepräsidenten des Regierungsbezirks Oldenburg auf. Bei seinen Recherchen von 1993 bis 1996 musste Harms viele Widerstände überwinden. Unter anderem verschwanden im Gesundheitsamt Oldenburg Akten, als Harms mit ausdrücklicher Rückendeckung der niedersächsischen Landesregierung in Wehnen zu forschen begonnen hatte.

Für die künftige Gedenkstätte hatte sich auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Thomas Kossendey aus Edewecht stark gemacht. Er erinnerte daran, dass es früher das geflügelte Wort „Du gehörst nach Wehnen“ gegeben hatte. Es sollte in ironischer Weise ausdrücken, dass der Angesprochene ein Kandidat für die Psychiatrie sei. In der Nazi-Zeit bekam diese saloppe Äußerung jedoch eine andere Bedeutung; wer in Wehnen landete, wurde zum Todeskandidaten. Nach Auffassung des Politikers müsse man den Menschen heute zurufen: „Wir gehören alle nach Wehnen!“ Denn die Gedenkstätte mache die Leidenswege der Patienten unter den Übergriffen der Ärzte, Pfleger und Beamten deutlich. „Sie führt uns vor, was der Mensch dem Menschen antun kann“, so Kossendey. Diese Lektion gehe jeden an.

Ähnlich äußerte sich auch Karl-Heinz Meyer, der Vorsitzende des Förderkreises für das Landeskrankenhaus Wehnen. Seine Hoffnung: „Die Gedenkstätte möge über den Ort der Ehrung und des Andenkens hinaus geeignet sein, Menschen – vor allem auch jungen Leuten – zu helfen, zwischen gut und böse zu unterscheiden.“ ■

„Offizieller“ Volkstrauertag in Mannheim:

„Tag der nationalen Besinnung“ und Verhöhnung nichtsoldatischer Opfer



Seit 1997 führt der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge (VDK) am Volkstrauertag wieder seine Feierstunde auf dem Mannheimer Hauptfriedhof in der fatalen Tradition dieses Feiertages durch – Heldengedenken im Beisein von Veteranen- und Reservisten-Funktionären. Von 1990 bis 1995 musste der VDK die in den Jahren zuvor von antifaschistischen und antimilitaristischen Menschen erstrittene gemeinsame Kompromissveranstaltung „entmilitarisierter Volkstrauertag“ als offizielle Feierstunde der Stadt Mannheim ertragen.

Die diesjährige VDK-Feierstunde eröffnete der CDU-Landtagsabgeordnete Klaus Dieter Reichardt, zugleich Kreisvorsitzender des VDK in Mannheim. Er legte Wert auf die Feststellung, dies sei die „offizielle gemeinsame Feierstunde von VDK und Stadt Mannheim.“ Er nutzte die Gelegenheit, um in aller Offenheit den reaktionären Grundcharakter des traditionellen Volkstrauertages zu beschwören. Nach bundeseinheitlicher und in langwierigen Auseinandersetzungen formulierter, tatsächlich aber als Alibi dienender Lesart soll der Volkstrauertag ein Tag für „alle Opfer von Krieg und Gewalt“ sein. Für Reichardt jedoch ist der Volkstrauertag ein „Tag der nationalen Besinnung“. Besinnung nicht etwa über Faschismus die Schande eines deutschen Angriffskrieges, der über die ganze Welt Tod und Verderben gebracht hat, sondern Besinnung auf „berechtigten deutschen Nationalstolz“.

Worauf ist Reichardt am Volkstrauertag stolz? Auf die „vier Werte: Frieden, Freiheit, Recht und Mitmenschlichkeit“. Eine Ungeheuerlichkeit: Anstatt in Scham über die Verletzung genau dieser Werte Konsequenzen für Gegenwart und Zukunft zu ziehen, wäscht Reichardt die deutsche Geschichte rein und propagiert Nationalstolz.

„Antisemitismus und Totalitarismus haben hier logischerweise keinen Platz“, →

fügt er noch eilfertig an, um davon abzulenken, dass er genau an diesem Traditionsfaden des Volkstrauertages weiterspinnt. Dazu bedient er sich noch einer Geschichtslüge: Der Volkstrauertag sei ein „Reflex auf den Zweiten Weltkrieg“ gewesen, behauptet der VDK-Vorsitzende, der studierte Theologe und Historiker. Tatsächlich ist der Volkstrauertag in den zwanziger Jahren von Militärs, Wirtschaftsführern, Politikern und deutschnationalen Geistlichen gegründet worden, um Deutschlands Wiederaufstieg nach der „Schande von Versailles“ zu forcieren durch Verankerung des Militarismus in der kriegsmüden Bevölkerung. So konnte der Volkstrauertag problemlos in den NS-Heldengedenktag mutieren. Sollte dies alles Reichardt unbekannt sein? Seine Geschichtsentsorgung krönt Reichardt mit einer grenzenlosen Geschmacklosigkeit: „Wir gedenken in Ehrfurcht und Dankbarkeit derer, die in der Geschichte vor uns standen“ „Wir gedenken dankbar ihrer Opfer“. Dankbar wofür? Für die Millionen Opfer des Faschismus in den KZs, Vernichtungsanstalten und auf den Schlachtfeldern? Für die Bombenopfer? Es kann ja eigentlich nur gemeint sein die Dankbarkeit für die Soldaten, die „Leib und Leben für das deutsche Vaterland gegeben“ haben. So wie es am Volkstrauertag schon immer gesagt und auf unzählige Gedenksteine graviert wurde.

Manche der Anwesenden aus dem Umkreis des VDK, der Vertriebenen- und Veteranenverbände hatten sicherlich „mutige Worte“ erwartet nach Art des Herren Hohmann und des Ex-Generals Günzel. Diese Erwartung lenkte bestimmt auch ein paar mehr Leute auf den Friedhof zur VDK-Veranstaltung. Und wenn sie richtig hingehört haben, wurden sie auch nicht enttäuscht. Zumal am Ende der Veranstaltung, am Soldaten-„Ehrenmal“ nicht nur das unvermeidliche Traditions-Lied „Ich hatt’ einen Kameraden“ erklang, sondern auch – nach Jahren aufgezwungener nationaler Selbstverleugnung – endlich wieder das Deutschlandlied, wenn auch in der auf die dritte Strophe reduzierten Kurzfassung.

Das Rollback in Sachen Volkstrauertag ist also in vollem Gange. Und Reichardt kann dies – von der Stadt unwidersprochen – tun als Ausrichter der „offiziellen, gemeinsamen Feierstunde von VDK und Stadt Mannheim.“ Der Oberbürgermeister stiftet zwar auch Kränze zur vormittäglichen Veranstaltung des „Arbeitskreises Volkstrauertag“ (DGB, DFG-VK, VVN-BdA, Freireligiöse Gemeinde, AK Justiz), aber er lässt sich offiziell nachmittags vertreten (meist durch Dr. Otto von der CDU). Die Schirmherrschaft für den „entmilitarisierten Volkstrauertag“ mochte Widder nicht übernehmen. Zu viel „Entmilitarisiertes“. Der OB und seine Partei fürchten in der dünnen Wahlluft offenbar mehr Ärger durch die Anhänger des VDK und der Vertriebenenverbände als von den AntifaschistInnen und der Friedensbewegung. *tht* ■

„Organisierte Neonazis in Mönchengladbach?“ „Gibt es nicht !“

Spätestens seit dem 1. November, als die örtliche Neonazi-Szene 60-100 „Kameraden“ aus ganz Nordrhein-Westfalen zu einem Aufmarsch durch den Stadtteil Rheydt mobilisierte, kann an dieser Aussage mehr als gezweifelt werden. Trotz des immer agressiveren Auftretens der Mönchengladbacher Neonazi-Szene in der Öffentlichkeit verschließen Stadt und Polizei ihr rechtes Auge und wollen von einer braunen Gefahr nichts wissen. Auch in der lokalen Presse werden die Mönchengladbacher Neonazis als lediglich „rechtsgerichtet“ verharmlost und ihr faschistisches Weltbild ignoriert.

Dabei handelt es sich bei diesen Leuten, die mal unter dem Deckmantel der NPD/JN, mal als „Nationaler Widerstand „ oder auch als „Freie Kameraden des Widerstands Mönchengladbach“ oder „Widerstandskämpfer Mönchengladbach“ agieren, nicht um „harmlose Nationalisten“, sondern um militante und bestens vernetzte Neonazis.

Das hat nicht nur der 1. November bewiesen. Schon ihr äußeres Erscheinungsbild mit Glatze, Kampfstiefeln, Bomberjacken etc. offenbart den gewalttätigen Hintergrund ihrer Ideologie. Ganz in der Tradition des Terrors im Nationalsozialismus, machen sie wieder Jagd auf Menschen die nicht in ihre menschenverachtende Weltanschauung passen (Anm. d. Verf.: bereits im Herbst des Jahres 2000 terrorisierten Neonazis Altstadtbesucher, was durch ein riesiges Polizeiaufgebot mit Einsatzkräften aus Wuppertal nach mehreren Wochen endlich unterbunden werden konnte). Vor dem 1. November konnten die Mönchengladbacher Neonazis bereits zwei sogenannte Mahnwachen abhalten und wurden dabei von der NPD Aachen unterstützt. Die erste Mahnwache vor dem Arbeitsamt an der Lürriper Straße am 5. August hatte das rassistische Motto „Arbeit zuerst für Deutsche“; die zweite Mahnwache am 18. Oktober vor dem Stadttheater (Musicalbühne), fand unter dem Motto: „Heimreise statt Einwanderung! Deutsche wehrt euch gegen den EU-Beitritt der Türkei“ statt. Gezielt wird gegen in Deutschland lebende Minderheiten gehetzt und diese durch rassistische Vorurteile diskriminiert.

Da dies den Neonazis nicht genügt, versuchen sie nun auch mit ihren Wahnvorstellungen an öffentlichen Diskussionen teilzunehmen, wie am 1. November, als sie wenige Tage vor dem Prozessbeginn gegen die Mörder von Tom und Sonja in Aachen die Todesstrafe für Kinderschänder forderten. Dies ist angesichts der Verbrechen ihrer nationalsozialistischen Vorbilder blanker Zynismus, denn es waren ihre Idole, die nackte Frauen und Kinder mit Hunden und Knüppeln in die Gaskammern trieben. Durch solche gewagten Forderungen wollen sie ihre mörderische Ideologie wieder gesellschaftsfähig machen. Das Potential aus dem die Neonazis in der rechten Jugendszene schöpfen können ist auch in Mönchengladbach sehr hoch. Rechtsrock ist die Begleitmusik bei Mord und Totschlag. So lebt hier der Rechtsrock-Musiker Dennis Heinrich Joerissen (aktuell Schlagzeuger bei „Oidoxie“, vorher bei „Reichswehr“), der bereits wegen eines Überfalles auf ausländische Menschen in Düsseldorf vor Gericht stand. Eine weitere, lokale Rechtsrock-Band mit eigenen Proberäumen nennt sich „Division Germania“ und erscheint bei einem Nazi-Label in Thüringen. Proberäume und Rechtsrock-Konzerte dienen als Treffpunkte der rechten Szene und helfen den organisierten Neonazis ihre Ideologie innerhalb der Subkultur zu etablieren.

Dass bei dem Aufmarsch am 1. November führende Neonazi-Kader von NPD (Wilibert Kunkel, Stolberg, NPD-Kreisvorsitzender), „Kampfbund Deutscher Sozialisten“ (Paul Breuer, Köln) und „Kameradschaft Aachener Land“ (Rene Laube) teilnahmen, beweist die sehr gute Verbindung zwischen Mönchengladbacher Neonazis und militanten „Kameraden“ aus der Region.

Zudem beteiligten sich Mönchengladbacher Neonazis in letzter Zeit an Aktionen und Aufmärschen in Aachen, Dortmund und Berlin.

Dass sich am 1. November immerhin ca.100 couragierte Menschen am Stadttheater, dem ursprünglich geplanten Versammlungsort der Neonazis, einfanden und die Faschisten dadurch nach Rheydt ausweichen mussten, war schon mal ein Anfang.

Um eine totale Dominanz von Neonazis und rechten Jugendliche im Straßenbild zu verhindern und damit auch die Gefahr von Übergriffen auf Minderheiten zu reduzieren, gibt es auch in Mönchengladbach noch einiges zu tun. Von der Stadt Mönchengladbach erwarten wir, das Neofaschisten künftig keine öffentlichen Plätze und Straßen mehr für ihre „volksverhetzenden“ Aktivitäten zur Verfügung gestellt bekommen. Denn „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen !“.

Bei den Kommunal- und Europawahlen im kommenden Jahr ist jedenfalls mit einem verstärkten Auftreten neofaschistischer Parteien zu rechnen. Hinsehen und handeln ist angesagt und nicht totschweigen !

VVN-BdA MG ■

Aus dem Umfeld der „Jungen Freiheit“ wird eine Kampagne gegen die CDU/CSU-Führung gestartet

Dossier zum Appell „Kritische Solidarität mit Martin Hohmann“

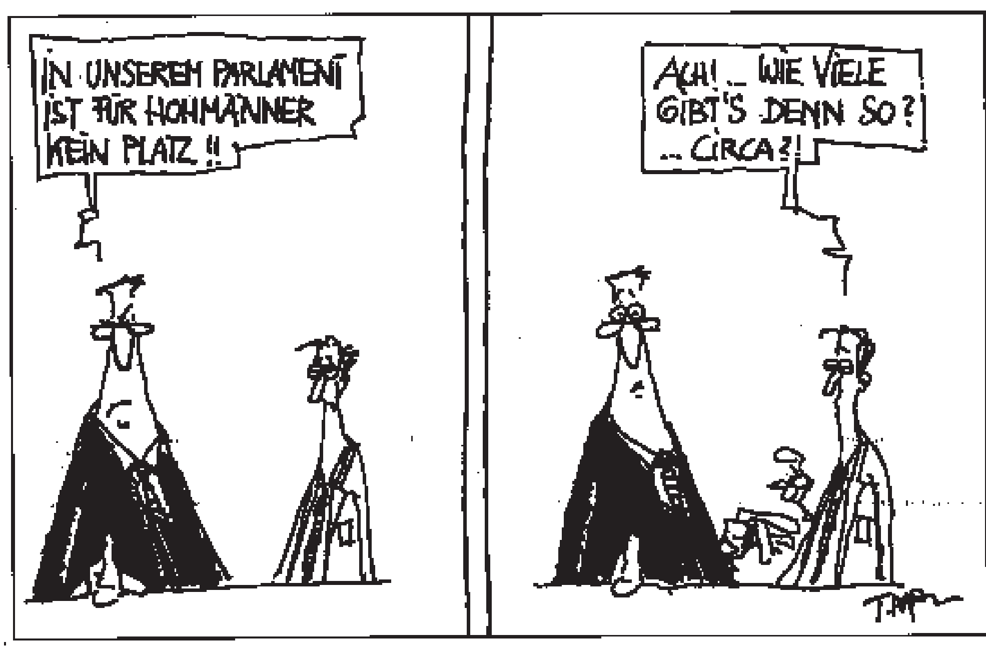
Helmut Kellershohn (Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung)

Am Tag des Ausschlusses Martin Hohmanns aus der CDU/CSU-Fraktion durften die Abgeordneten frühmorgens eine Solidaritätsanzeige für Hohmann („Kritische Solidarität mit Martin Hohmann“, „Appell für Hohmann“) in der FAZ bzw. der SZ zur Kenntnis nehmen. Vielleicht hat den einen oder anderen die Lektüre bestärkt, gegen den Ausschluss zu stimmen oder sich zu enthalten.

1. Für den Außenstehenden erscheint die Liste der 25 Unterzeichner zunächst relativ nichtssagend. Selbstverständlich: Man kennt den Initiator *Fritz Schenk*, den langjährigen Co-Moderator und Redaktionsleiter des ZDF-Magazins, der dann bis zu seiner Pensionierung 1993 Chef vom Dienst der Chefredaktion des ZDF war. Man kennt *Dr. Herbert Fleissner* als Chef eines Verlagsimperiums, der schon in den 90er Jahren versuchte, mit der Förderung bestimmter Autoren (Rainer Zitelmann, Ulrich Schacht, Heimo Schwilk, Karlheinz Weißmann) die Grenzen des Sagbaren in der Berliner Republik auszutesten (vgl. Zitelmann/Weißmann/Großheim [Hg.] 1993; Schwilk/Schacht [Hg.] 1994). Und man kennt den ehemaligen CDU-Bürgermeister und Rechtsaußen der Partei *Heinrich Lummer*, der heute als Ehrenvorsitzender des Vereins „Die Deutschen Konservativen“ [DK] fungiert. Ansonsten aber scheinen mehr oder weniger einfache Mitglieder der CDU/CSU bzw. ihrer Vereinigungen (JU, RCDS, Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung) die Liste zu dominieren, sieht man einmal von dem niedersächsischen Landtagsabgeordneten *Thorsten Thümler* ab. Bei vier Unterzeichnern fehlen Angaben zur Parteizugehörigkeit.

2. Dieser erste Blick, der vom Bekanntheitsgrad ausgeht, täuscht. Bei mindestens 16 Personen lassen sich Bezüge zur Jungen Freiheit (JF) feststellen. Erst unlängst mobilisierte die JF u.a. ihren langjährigen Förderer, Autor und Interviewpartner *Hohmann* (vgl. JF 41/2003), um Stimmung gegen eine Tagung des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes zur Neuen Rechten (8.10.2003) zu machen. Heinrich Lummer selbst ist ständiger Mitarbeiter der JF (lt. Impressum) und wird sicherlich nichts dagegen haben, wenn „Die Deutschen Konservativen“ (Vorsitzender: Werner Joachim Siegerist) in der jüngsten Ausgabe der JF mit einer ganzseitigen Anzeige den verstorbenen Erzbischof Dyba um „Mut und Kraft“ für Hohmann bitten.[1]

Dr. Fleissner unterstützt die Zeitung regelmäßig mit Anzeigen zu seinem reichhaltigen Bücherangebot, während die JF sich mit Rezensionen revanchiert. Fritz Schenk wiederum schrieb in den Jahren 2001/02 häufig Artikel. Langjährige Autoren in den 90er Jahren waren *Frank Liebermann* (CDU Weingarten), Mitautor bei der publizistischen Missgeburt der so genannten ‘89er-Generation (vgl. Bubik [Hg.]1995), und Michael Oelmann, seines Zeichens Herausgeber des „Wirtschaftsblatt[s]. Das Standortmagazin für den Kreis Mettmann“. Auf Oelmanns Adresse und Fax-Nummer verweist der Solidaritätsappell potenzielle Unterstützer zur Kontaktaufnahme, für eine Interne- Version des Appells gab sich Oelmann als Initiator aus (vgl. NRZ v. 15.11.2003).

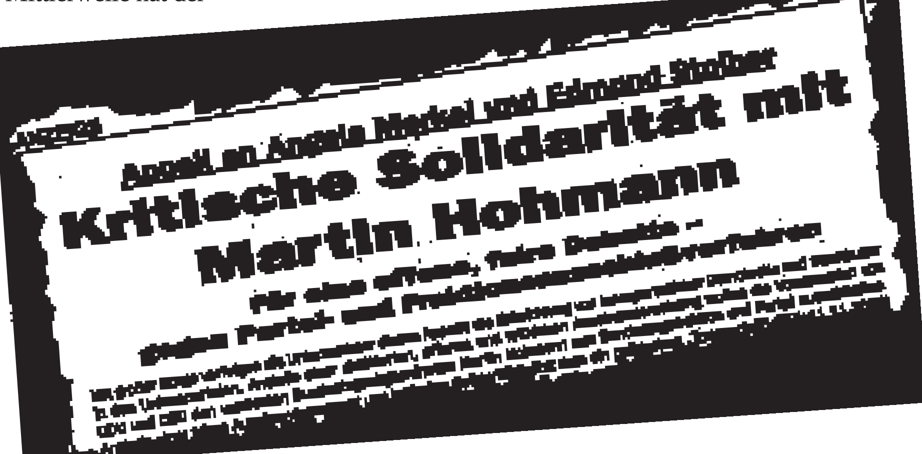


3. Unter den übrigen Personen fallen besonders zwei Gruppierungen ins Auge. Das *Christlich-konservative Deutschland-Forum* (CKDF), gegründet 1992, das heute nur noch über einige wenige Landesforen verfügt, ist mit mindestens zwei Personen, darunter ihrem ehemaligen kommissarischen Vorsitzenden, Superintendent i.R.. Woronowicz (1998-2001), vertreten. Woronowicz kommt aus der kirchlichen Opposition in der DDR, war bis 1993 Superintendent des Kirchenkreises Havelberg – Bad Wilsnack/Brandenburg und Ende der 90er Jahre Leiter der „Konferenz Bekennender Gemeinschaften“, der Dachorganisation der evangelischen Bekenntnisbewegung. In dieser Eigenschaft kritisierte er 1999 den evangelischen Kirchentag wegen der „grundsätzlichen Infragestellung der Judenmission“ (Idea Nr. 23 v. 9.6.1999).

Mitglied des Bundesvorstandes des CKDF und Pressesprecher war 2001 *Andreas Schneider*, der auch als Herausgeber eines Online-Magazins „Ostrakismos.net“ fungiert. In einem Rückblick auf die Geschichte des CKDF berichtet er, dass der Aufbau der Landesforen, d h. die „Rekrutierung von Interessenten (...) über monatliche Kleinanzeigen in der Jungen Freiheit“ gelaufen sei.

Der CDU-MdB Claus Jäger, 1993 aus der CDU ausgeschieden, Mitglied des ersten Bundessprecherrats, habe „das Deutschland-Forum in einer Presseerklärung als ‚freie Initiativgruppe innerhalb der Union‘ [definiert]. Vor allem junge Parteimitglieder aus der Jungen Union und den sog. Leserkreisen der Jungen Freiheit“ hätten „aktiv am Zustandekommen dieser Initiative mitgewirkt“. Landessprecher des baden-württembergischen Landesforums war denn auch der (ehemalige) JF-Redakteur Roland Bubik, während in Hessen JF-Autor Frank Bötzkes den Landesvorsitz übernahm. Auch Heinrich Lummer mischte mit. Im September 1996 wird er zeitweilig stellvertretender Bundessprecher.

In Hessen, so berichtet Schneider weiter, nannte sich das dortige Landesforum *Arbeitskreis Konservativer Christen* (AKC), in dem Herbert Gassen eine zentrale Rolle spielte. 1998 wird er Stellvertreter von Woronowicz. Die engen Beziehungen *Hohmanns* zum AKC sind bekannt. Zu der im Internet lange Zeit einsehbaren Programmatik des AKC schrieb er ein Grußwort. Mittlerweile hat der AKC seine Website eingestellt.



Enge Kontakte hatte das CKDF zu den *„Christdemokraten für das Leben“* (CDL). Diese Organisation widmet sich aus christlich-fundamentalistischer Sicht dem ‚Lebensschutz'. Die Unterzeichnerin der Solidaritätsadresse für Hohmann, *Odila Carbanje*, ist die Landesvorsitzende in NRW und Schatzmeisterin im Bundesvorstand.

4. Die zweite wichtige Gruppierung ist der Bund der Selbständigen (BDS) in Nordrhein-Westfalen. *Hohmann* ist der stellvertretende Vorsitzende dieser mittelständischen Unternehmerorganisation in NRW und gewissermaßen ihr Lobbyist. Als Unterzeichner treten der Vorsitzende Hans-Peter Murmann und der Verleger *Wolfgang Reschke* (Aton-Verlag) in Erscheinung, letzterer in seiner Eigenschaft als Mitglied der *Arbeitsgemeinschaft Freie Publizisten, Journalisten und Historiker im BDS*. Diese Arbeitsgemeinschaft ist von besonderem Interesse in Hinblick auf die JF. Die sog. „Stimme der Mehrheit“ wurde im Mai 1997 ins Leben gerufen. Zu den Gründungsmitgliedern gehörten neben Reschke[2], Herbert Fleissner (!) und Martin *Hohmann*: die vormals ständigen JF-Mitarbeiter Prof. Klaus Hornung (CDU-Mitglied und bis vor kurzem Vorsitzender des Studienzentrums Weikersheim) und Prof. Hans-Helmuth Knütter (ebenfalls CDU-Mitglied und vermutlich wegen seiner bekannt gewordenen rechtsextremistischen Äußerungen ‚vorsichtshalber' aus dem Impressum der JF genommen) sowie der langjährige JF-Autor Prof. Eberhard Hamer (Leiter des Mittelstandsinstituts Niedersachsen).

Weitere JF-Autoren aus dem Gründungskreis sind: Dr. Heiner Kappel (ehemals Vorsitzender des Bundes Freier Bürger, heute Deutsche Partei/Die Freiheitlichen), Uwe Greve (Landesvorsitzender der schleswig-holsteinischen Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung [OMV] in der CDU); Hans-Jürgen Mahlitz (Chefredakteur Allgemeine Preußische Zeitung/Das Ostpreußenblatt), Prof. Erwin K. Scheuch, Alexander von Stahl (Generalbundesanwalt a.D. und Rechtsvertreter der JF im Streit mit dem NRW-Verfassungsschutz) und nicht zuletzt der eingangs erwähnte Historiker Karlheinz Weißmann, Leiter des „Instituts für Staatspolitik“ (IfS), das u.a. die neue Zeitschrift „Sezession“ herausgibt (vgl. Kellershohn 2003). Der Unterzeichner und JF-Autor *Christian Vollradt*, stellvertretender Vorsitzender der Paneuropa Jugend Niedersachsen/Bremen, schreibt in dieser Zeitschrift.

Als Interviewpartner der JF stellten sich aus dem Kreis der Gründungsmitglieder folgende Personen zur Verfügung: Herbert Fleissner, Dr. Heiner Kappel, Achim Rohde (FDP), Erwin K. Scheuch (griff in seinem letzten Interview den NRW-Verfassungsschutz an; vgl. JF 41/2003), Alexander v. Stahl und Weißmann. (Erika Steinbach, Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, stellvertretende Vorsitzende der OMV, bestreitet ihre Gründungsmitgliedschaft, die etliche Medien 1997 gemeldet hatten. - die Red.)

5. Von den weiteren Unterzeichnern sind noch erwähnenswert: der Burschenschaftler *Dr. Eberhard Frohnecke*, ehemals im Bundesvorstand des Bundes Freier Bürger; der *Jurist F. Roland A. Richter*, Autor in den Zeitschriften Criticón, Gegengift (eingestellt) und „eigentümlich frei“ (rechts-„libertäres“ Blättchen im Geiste des Mussolini-Verehrers Ludwig von Mises) und in den Sammelbänden Knütters (zusammen mit Stefan Winckler) „Handbuch des Linksextremismus“ (erschienen im Stocker-Verlag) und „Der Verfassungsschutz“ (erschienen bei Fleissner); der Verleger *Dr. Ingo Resch*, von dessen Verlag Publikationen z.B. von Christa Meves, Roland Baader und dem JF-Vorzeigegeneral Schultze-Rhondorf vertrieben werden; das Mitglied im Präsidium des Studienzentrums Weikersheim *Lienhard Schmidt*; der Geschäftsführer *Heinrich F.J. Rathjen*, Mitglied einer „Unabhängigen Bürgergemeinschaft“, die seit zwei Jahren in Achim Vortragsabende mit rechtsextremen Tönen (vgl. Achimer Kreisblatt v. 22.9.2003) veranstaltet. Der Rest ist wohl vor allem deswegen in die Liste der Unterzeichner aufgenommen worden, weil es sich zumeist um JU-Mitglieder handelt.

Anmerkungen:

1 „Darum sollten wir Erzbischof Dyba im Gebet bitten: (1) Gib Martin Hohmann Kraft in diesen schweren Stunden; (2) Gib M.H. Mut und Standfestigkeit; (3) Schütze M.H.'s Familie; (4) Laß M.H. nicht verzweifeln; (5) Gib M.H. die Fackel, mit der er einem von Verwirrung bedrohten Volk den richtigen Weg weisen kann, auch der CDU/CSU – *zur Not auch gegen sie.*“ (Herv. d. Verf.) Diesem blasphemischen ‚Gebet' entsprechend heißt es dann auf der Website der DK: „Frau Merkel ist ein Unglück für die gesamte CDU/CSU“ (vgl. Treitschkes „Die Juden sind unser Unglück“).

2 In Reschkes Aton-Verlag wurden, wie auch in Fleissners Universitas-Verlag, mehrere Gemeinschaftspublikationen der „Stimme der Mehrheit“ veröffentlicht, in denen mehrere Unterzeichner Aufsätze veröffentlichten, darunter Andreas Schneider, Lienhard Schmidt und Dr. Ingo Resch. Auch Martin Hohmann publizierte in diesem Verlag.

REP versprechen sich Zulauf:

„Die Union hat das nationalkonservative Spektrum endgültig abgeschrieben“, kommentierte der Bundesvorsitzende der Republikaner Rolf Schlierer den Beschluss der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, den Fuldaer Abgeordneten Martin Hohmann auszuschließen. Der willkürliche und fadenscheinig begründete Rausschmiss des Abgeordneten sei ein Fußtritt für alle konservativ Gesinnten, die es immer noch in der Union ausgehalten hätten. Schlierer: „Die Republikaner bieten allen konservativ Gesinnten, die in CDU und CSU heimatlos geworden sind, eine neue politische Heimat“

aus REP-Pressemitteilung

NPD hetzt gegen Zentralrat:

„Die Ereignisse um den CDU-Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann haben wieder einmal deutlich gemacht, wer in dieser Republik das Sagen hat: Der Zentralrat der Juden in Deutschland. Nicht die Regierung, nicht das Parlamernt und schon gar nicht die Wähler. Ein Räuspern von Paul Spiegel reicht, um unsere politische Klasse zu den gewünschten Entscheidungen zu drängen. ... Das etablierte Parteienkartell jedenfalls hat wieder einmal gehalten. Mit denen eine grundsätzliche Wende herbeizuführen, ist nicht möglich. Es anzugreifen, lohnt allerdings. Schon um der Zukunft unseres Landes willen.“

PM NPD, gez. Frank Schwerdt, 11. November 2003

Führungsakademie der Bundeswehr empfängt Neue Rechte

Wie erst jetzt im Zuge der Hohmann/Günzel-Debatte bekannt wurde, ist die extrem rechte Hamburger „Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft“ (SWG) im Juni diesen Jahres Gast bei der „Führungsakademie der Bundeswehr“ (FÜAK) in Hamburg gewesen. Laut SWG „folgte eine bemerkenswert offene, informative Aussprache“, der Kommandant der Kaderschmiede deutscher Offiziere, Generalmajor Hans-Christian Beck „informierte sehr eingehend über die neuen Aufgaben der Bundeswehr“ und ließ es sich nicht nehmen die Neuen Rechten persönlich in einem anderthalbstündigen Vortrag zu informieren. Nach dem die Fakten nun an die Öffentlichkeit gekommen sind, wird schnell zurück gerudert: „Die SWG wird nicht mehr eingeladen und kommt auch nicht mehr in unsere Räume“, erklärte Beck . Dabei war die SWG schon einmal 2001 mit einem Besuch bei der FÜAK gescheitert, der damalige VS-Vize Manfred Murck hatte nach Presseberichten wegen rechtsextremistischer Kontakte gewarnt. Erkenntnisse, die nach 2 Jahren schwarzschill Senat jetzt wohl schon vergessen sein sollen.

Vom Gauleiter-Kreis zum extrem-rechten Bildungsverein

Am 15/16. Januar 1953 zerschlug die britische Hochkommision die letzte große Verschwörung alter Nazis nach 1945, den sog. Gauleiter-Kreis um den ehemaligen Reichspropagandaminister Werner Naumann. Mit Unterstützung von Kreisen der Industrie hatten Naumann und andere ein Netz zwischen ehemaligen Teilen der Wehrmacht, der SS, des Sicherheitsdienstes und ehemaligen NS-Propagandisten aufgebaut, ein ideologisches Konzept zur antikommunistischen Neuordnung Europas entworfen, sowie schwerpunktmäßig die nordrhein-westfälische FDP unterwandert. Diese Konspiration alter NS-Eliten, die versuchte neofaschistische Ideologeme in die Politik der noch jungen BRD zu lancieren, tagte u.a. auch in Hamburg. Ihre Aufdeckung und Zerschlagung erregte damals großes Aufsehen.[1]

Hugo Wellems ein ehemaliger Referent des Reichspropagandaministeriums, damals von jenem Dr. Werner Naumann geführt, gründete dann 1962 die SWG, welche getrost in diese Tradition gestellt werden kann. Ein rechter Insider erklärte 1972 „Mitglieder dieser Gesellschaft (gemeint ist die SWG) sind... Leute von Rang und Namen; insbesondere aber rekrutieren sie sich aus Mitgliedern des sogenannten Staatssekretär-Naumann-Kreises.[2]“

Wellems, der 1930 der NSDAP beitrat und u.a. auch Mitglied der Legion Condor war, gründete die SWG gemeinsam mit zwei weiteren Altnazis (Karl Friedrich Grau und Arthur Mißbach), welche nach 1945 der CDU beitraten und zeitweise im Bundestag saßen. 1986 wurde der Hauptsitz der SWG nach Hamburg verlegt und hier wurden und werden nun regelmäßig Veranstaltungen, aktuell im Haus der „Burschenschaft Germania Königsberg“ durchgeführt.

In den 80er Jahren stand Prof. Emil Schlee als stellvertretender Vorsitzender Wellems zur Seite, während er gleichzeitig Spitzenfunktionär der REPs war. Als Wellems 1995 starb, ging eine wichtige Integrationsfigur für das gesamte Lager von nationalkonservativ bis neofaschistisch verloren, so war Wellems z.B. auch jahrzehntelang Herausgeber des revanchistischen „Ostpreußenblattes“.



Der Stoff, aus dem die Vorwürfe der Revisionisten gegossen werden. Das Kragenspiel zeigt einen SS-Angehörigen. Doch die Verbrechen der SS entlasten nicht die Wehrmacht von ihrer maßgeblichen Beteiligung am Vernichtungskrieg.

An Wellems Stelle bei der SWG trat, und hiermit sind wir unmittelbar beim Thema, der Brigadegeneral a.D. Reinhard Uhle-Wettler, ein Militarist, der schon immer für eine Entlastung der deutschen Wehrmacht eintrat und den militärpolitischen Teil des Republikaner-Programms schrieb.

Der SWG sind als Mitglieder oder Referenten jedoch keineswegs nur alte und neue Nazis, sowie Vertreter der sog „Neuen Rechten“ zuzurechnen, sondern sehr honorige Personen aus der Mitte der Gesellschaft. Konservative Professoren, Dutzende von ehemaligen Diplomaten und Militärs, Vertreter aus der Wirtschaft, sowie Politiker, auch aus dem Bundestag. Die Themenpalette der Vorträge umfasst Geschichtsrevisionismus, Revanchismus, völkischen Nationalismus und Rassismus.

Die nunmehr seit 40 Jahren stattfindenden Vorträge der SWG werden, je nach Bekanntheit des Referenten, von 100 bis 300 Personen des konservativen bis neofaschistischen Spektrums besucht, die Auflagen der SWG-Zeitschrift „Deutschland-Journal/Fragen zur Zeit“ haben laut Eigenangaben eine halbe Million erreicht, ihre Inhalte finden sich aber auch im Ostpreußenblatt wieder.

Im Gleichschritt rechts – die SWG und das Militär

Sowohl personell als auch thematisch spielt das Militär bei der SWG eine besondere Rolle. Erst recht seit dem Start der Ausstellung „Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht“, macht die SWG mobil zur Ehrenrettung der deutschen Soldaten, sowie zur Entlastung von Wehrmacht und SS und zur Relativierung des Nationalsozialismus. Alfred Schickel, Leiter der berüchtigten „Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt“ schrieb und referierte regelmäßig zum Thema Geschichtsrevisionismus. Titel einiger seiner Arbeiten für die SWG sind: „Probleme der Vergangenheitsbewältigung“ (1983), „Roosevelts Weg in den Krieg“ (1991), „Das Kartell der Lüge“ (1992), „Das ungesühnte Verbrechen von Katyn“ (1993). Ein knallharter Revisionist ist auch Dirk Bavendamm, der 1995 über „Hitlers oder Roosevelts Krieg“ lamentierte und seit 2002 Geschäftsführer der SWG ist.

Roosevelt, so Bavendamm, hätte schon mittels des Versaillervertrages Deutschland zu knebeln versucht, hätte dann eine systematische Aufrüstung der USA gegen Deutschland betrieben, und Deutschland

schließlich mittels Diplomatie und Geheimverträgen in den Zweiten Weltkrieg getrieben. Der Krieg den Deutschland dann 1939 begann, sei noch ein „alter Krieg“, quasi ein sauberer und ehrlicher, gewesen, erst der Kriegseintritt der USA 1941 hätte den Krieg zum „neuen Krieg“, zum totalen und auf Vernichtung angelegten Krieg werden lassen. „Dieser Krieg war räumlich und zeitlich im Prinzip überhaupt nicht mehr begrenzt, und er gipfelte in der fabrikmäßigen Vernichtung der europäischen Juden, im konventionellen und nuklearen Bombenkrieg gegen die deutsche und die japanische Zivilbevölkerung sowie in der ethnischen Säuberung der deutschen Ostgebiete.“ So werden die USA durch Bavendamm nicht nur zu den Verursachern des Krieges gemacht, sondern der Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion sowie der Holocaust praktisch als die Folge von Roosevelts Kriegsführung dargestellt.

Ebenfalls 1995 trat dann mit Walter Post erstmals ein Geschichtsrevisionist bei der SWG gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg - Verbrecher der Wehrmacht“ an und propagierte seine Thesen unter dem Titel „Die Verunglimpfung der Wehrmacht.“ Neben dem Hamburger Institut für Sozialforschung wetterte Post auch gegen das offizielle historische Institut der Bundeswehr. Die Arbeiten im „Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Freiburg“, insbesondere die von Manfred Messerschmidt und Wilhelm Deist, seien durch die Geschichtswissenschaft der Sowjetunion beeinflusst.

Im übrigen unterstützte Walter Post die Präventivkriegs-Thesen seiner Vorredner bei der SWG und widmete seinen Vortrag insbesondere der leider unvermeintlich brutalen Partisanenbekämpfung. Partisanen- und Geiselerschießungen seien nach Kriegsrecht erlaubt und gerechtfertigt. „Die deutsche Besatzungsmacht im Osten erklärte die Juden als für den Partisanenkrieg verantwortlich, was entsprechende Massaker zur Folge hatte:“ Die Versorgung in deutschen Kriegsgefangenenlagern sei vorbildlich gewesen, eventuelle Massensterben höchstens dem schlechten gesundheitlichen Zustand der Rotarmisten bei ihrer Gefangennahme durch die Wehrmacht geschuldet. Auch die millionenfache Deportation von sowjetischen Soldaten und Zivilisten zur Zwangsarbeit in das Deutsche Reich entschuldigt Post. Denn wie er richtig erkennt:

„Ohne die Ostarbeiter wäre der Krieg ab 1943 gar nicht mehr führbar gewesen.“

Der von der gesamten nationalkonservativen und extremen Rechten gefeierte „Kronzeuge“ gegen die Wehrmachtsausstellung Rüdiger Proske aus Hamburg referierte im Februar 1998 bei der SWG. Ebenfalls 1998 dozierte Franz Uhle-Wettler bei der SWG über seine „Gedanken zur Traditionswürdigkeit der Wehrmacht“, er ist der Bruder des SWG-Vorsitzenden und seit Jahren in der rechtsextremistischen Szene tätig. Er brachte es als Soldat immerhin bis zum Kommandeur der NATO-Verteidigungsakademie in Rom. Weitere ehemalige Militärs referierten bei der SWG: Wolfgang Altenburg, General a.D.; Lothar Domröse, Generalleutnant a.D.; Ernst Feber, General a.D.; Adolf Heusinger, General a.D.; Gerhard Hubatscheck, Oberstleutnant a.D.; Heinz Karst, Brigadegeneral a.D.; Gerd-H. Komossa, Generalmajor a.D.; Wolfgang Schall, MdEP, Brigadegeneral a.D.; Harald Wurst, General a.D.

Die besondere Nähe der SWG zur Bundeswehr und zur FÜAK im Besonderem erklärt sich über ihr Personal:

- Der Vorstandsvorsitzende der SWG ist Brig.-Gen. a.D. Reinhard Uhle-Wettler, Autor etlicher Bücher zur Militärgeschichte, REP-Berater und mitverantwortlich für die militärpolitischen Aussagen im REP-Programm.
- Sein Stellvertreter Peter Fischer, Redakteur beim Ostpreußenblatt und glühender Carl-Schmitt-Verehrer, wurde von der Bundeswehr 1996 zum Pressesprecher des IFOR-Kontingents in Kroatien befördert.
- Der militante Klerikale Pater Lothar Groppe, jahrelang Beiratsmitglied der SWG, war zuvor Militärpfarrer sowie Dozent an der FÜAK.
- Der Regioleiter für Hamburg der SWG, Oberst a. D. Manfred Backerra, war ehemaliger Chefdozent für Militärisches Nachrichtenwesen an der FÜAK. Er dürfte wohl auch die aktuellen Kontakte zur FÜAK gebahnt haben.

Bis 1996 lehrte Generalmajor a.D. Gerd Schultze-Rhonhof an der FÜAK. Er ist gern gesehener Gast bei der SWG, referierte dieses Jahr zum Thema „1939 – Der Krieg der viele Väter hatte“ und schrieb 1998 einen Beitrag für die SWG, der zuvor in der Tageszeitung „Die Welt“ abgedruckt wurde.



Aber nicht nur ehemalige Militärs dürfen bei der Neuen Rechten in Hamburg referieren: Gerade frisch von der Front im Kosovo zurück, berichtete Brigadegeneral Helmut Harff, Kommandeur Deutsches Heereskontingent und Nationaler Befehlshaber im Einsatzgebiet, 1999 vor der SWG über: „Militärische Friedenssicherung – Erfahrungen aus dem Einsatz im Balkan“. Seine Quintessenz aus dem völkerrechtswidrigen Kosovo-Krieg: „Wer schneller schießt und besser trifft, der überlebt. Darum geht es hier.“

Von allem nichts gewusst ?

Nachdem zuerst die taz-hamburg die neuerlichen Kontakte der Bundeswehr zur SWG öffentlich machte, geriet Pressestabsoffizier Ralf Burmeister in Erklärungssnot: Nach einer „internen Überprüfung hatten wir keine Einwände gegen die SWG.“ Weder dem Militärischen Abschirmdienst (MAD) würden Erkenntnisse über rechtsextreme Kontakte der SWG vorliegen, noch dem Verfassungsschutz (VS). Die enge Verstrickung von FÜAK und ehemaligen Militärs bei der

---

„Bald werden wir neue Kriegstote beklagen“

Köln.16.11.03. Kritik an der offiziellen Kundgebung am Volkstrauertag übten Mitglieder der Gruppe „Pax an“ und andere Antimilitaristen, darunter Mitglieder der VVN/BdA. Erneut war „Pax an“ untersagt worden, eine Rede zu halten. Die etwa 180 Anwesenden konnten aber während der Ansprache von Bürgermeister Wolf die Kurzfassung dieser abgelehnten Rede auf einem Transparent, das langsam abgerollt wurde, genau studieren.

Da dieses Rolltransparent hinter dem Mikrofon auf erhöhten Treppenstufen stand, richteten sich die Augen des Militärs, der Burschenschafter und anderer Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf den stückweise zu lesenden Text:

„Sehr geehrte Damen und Herren, wir gedenken der Toten beider Weltkriege. Wie jedes Jahr vergessen wir dabei die Gräueltaten deutscher Soldaten. Wieder werfen wir Opfer und Täter in einen Topf. Wieder werden die Opfer der Bundeswehr in aller Welt verschwiegen. Bald werden wir neue Kriegstote beklagen.“

Bis zum Ende der Veranstaltung konnte diese Anklage von allen gelesen werden. *gba* ■

SWG mag hinreichend erklären, warum der MAD keine Erkenntnisse hatte. Der VS hingegen muss seine eigenen früheren Erkenntnisse bewusst verleugnet haben, um der SWG einen Persilschein auszustellen. Schon 1993 tauchte SWG-Vorsitzender Reinhard Uhle-Wettler in einem geheimen Verfassungsschutzbericht des Hamburger VS auf. Zitiert wurde sein Vortrag vor Burschenschaftern 1992, in dem er plädierte: „Für einen starken, autoritären, national orientierten Staat... Große Teile des Staates seien korrupt, die Überfremdung Deutschlands und der Ausverkauf der Nation schreite voran.“[3] Regelmäßig tritt er bei Vereinigungen wie der „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GFP) oder „Aufbruch 99“ auf, die in VS-Berichten erwähnt werden. Im letzten Jahr trat die Rechtsanwältin Gisa Pahl bei der SWG auf. Unter ihrem Pseudonym Gisela Sedelmaier wird sie im Hamburger VS-Bericht 1994 erwähnt als Mitarbeiterin in Jürgen Riegers „Deutschem Rechtsbüro“, einer Rechtshilfe-Organisation für Neonazis.

So waren dem VS-Vize unter rot-grünem Senat Manfred Murck 1999 auch „personelle Überschneidungen... (der SWG – erk)... zu rechtsextremistischen Organisationen bekannt“, Erkenntnisse, die jetzt unter schwarz-schill schon vergessen sein sollen.

Würden diese doch eventuell eigene Parteimitglieder in Bedrängnis bringen, denn nicht nur alte und neue Nazis, Neue Rechte und unverbesserliche Militaristen referierten bei der SWG sondern auch nationalkonservative Unionsmitglieder; Ex-Innenminister Friedrich Zimmermann, Hans Filbinger und Alfred Dregger waren in der Vergangenheit zu Gast. Im Beirat der SWG saß bis Mitte der 90er Jahre Siegfried Zoglmann, ehemaliger Freiwilliger der Waffen-SS, der in den 70ern der CSU beitrat und lange im Bundestag war. Aus Hamburg kam 1997 SWG-Referent Heiko Peters, er ist Vorstandsmitglied der CDU-Blankenese.

Als Referent über „Qualitäten und die Probleme unseres Rechtsstaates“ war 1999 ein Vortrag von Ronald Schill geplant, als dieses publik wurde, kniff der standhafte Richter, man war schließlich im Wahlkampf. Zum Thema „Innere Sicherheit“ durfte dann bei einer SWG-Veranstaltung aber doch noch ein halbes Jahr später etwas gesagt werden, und zwar am richtigen Ort – im Hamburger Polizeipräsidium. Kein Wunder, dass die Innenbehörde nichts Schlechtes über die SWG zu berichten hat. *erk* ■

1 siehe auch: Handbuch Deutscher Rechtsextremismus, Jens Mecklenburg (Hg.) Berlin 1996

2 Wolfgang Sinnemann in Das Deutsche Wort, zit nach Das schwarze Kassenbuch, PDA (Hg), Köln 1973

3 zit. nach Informationsbericht LfV Hamburg Mai 1993 VS-Vertraulich, S. 30

Rechtsradikale Satire oder Humor als Waffe?

Wo die Propaganda versagt, da hilft vielleicht Satire weiter: Das scheint das Rezept zu sein, nach dem seit einigen Monaten in Frankreich eine bislang recht mysteriöse Zeitung erstellt wird. In mehrwöchigen Abständen stößt man an den Kiosken auf ein Farcenblatt, das äußerlich auf den ersten Blick der Pariser Abendzeitung Le Monde ähnelt. Es trägt den Titel L'iMonde, was gleich klingt wie „l'immonde“ (Der oder die Schreckliche). Der Schrifttyp und die Gestaltung der Titelseite sind denen beim großen Vorbild täuschend ähnlich. Für drei Euro werden 16 Seiten angeboten.

Dabei illustriert jeweils ein witzig gemeinter Vorschlag die Seite Eins. Im Sommer etwa war es ein Abdanken von Präsident Chirac zugunsten des rebellischen Bauern José Bové, der damals die Schlagzeilen füllte. In der seit kurzem erhältlichen Dezember-Nummer ist es der ehrgeizige und derzeit auf allen Kanälen präsente Innenminister Nicolas Sarkozy, der sich angeblich in „Madame Nicole Sarkozy“ verwandelte, nämlich weil er erkannt habe, dass die Franzosen bei der Wahl des Staatsoberhaupts im Jahr 2007 (der ambitionierte Minister hat bereits letzte Woche seine Kandidatur angekündigt) lieber eine Frau zur Präsidentin wählen würden. Allerdings bleibt der Humor meistens stecken: Es bleibt bei einem einzigen mehr oder minder witzigen Einfall. Wenn dieser dann aber über eine halbe Seite hinweg entwickelt wird, stellt sich rasch das Gähnen ein.

Über die Hintergründe des satirisch aufgemachten Le Monde-Verschnitts ist nicht viel zu erfahren. Die im Titelbalken angegebene Webpage (www.limonde fr) stellt sich als nicht existent heraus. Das einzige Impressum, das die Zeitung enthält, erweist sich auf den ersten Blick als Fantasieprodukt – es enthält dieselben Namen wie jenes der nachgeahmten Tageszeitung, die nur satirisch abgewandelt wurden. Aus dem Chefredakteur Jean-Marie Colombani etwa wird Jean-Marie Colonbéni (gesegneter Dickdarm); Ähnliches widerfährt anderen Redaktionsmitgliedern bei Le Monde.

Die einzige Information, die man bei genauerem Hinsehen darüber hinaus erhält, besagt, dass L'iMonde ein Produkt des Verlags von Le Quotidien de Paris darstelle. So lautete der Name einer früheren Pariser Tageszeitung, die 1994/95 kurz vor dem Bankrott stand und von einem windigen Geschäftsmann namens Nicolas Miguet übernommen wurde. Letzterer öffnete die Spalten der Tageszeitung für die extreme Rechte und hoffte so, deren Publikum als neue Leserschaft zu gewinnen. Das verhinderte nicht die Pleite des Projekts - die Tageszeitung musste 1998 eingestellt werden. Nicolas Miguet trat später mehrfach, mit geringem Erfolg, als „Anti-Steuer-Rebell“ zu Wahlen an und gibt einige Börsenblätter für Möchtegern-Absahner heraus. Weiterhin beackert er gern das Feld der extremen Rechten, auch wenn die Kader des Front National ihn gewöhnlich als „bloßen Geschäftemacher“ abtun.

Sieht man noch genauer hin, dann erkennt man auch leicht den rechtsextremen Hintergrund der vorgeblichen Witzkanone. Ein vermeintlich drolliger Bericht über die französischen Gefängnisse, die „einen Stern im Jail international Guide einbüßen“, weil sie an Komfort verlören, stellt sich alsbald als Hetze gegen so genannte kriminelle Immigranten heraus.

Der Text endet damit, dass zwar die Ausbildung französischer Krimineller durch den Komfortverlust gefährdet sei, „aber glücklicherweise importiert Frankreich nicht wenige Verbrecher“. Ein dagegen nicht einmal oberflächlich lustiger Artikel über die französischen Gewerkschaften, die gerade dabei seien „sich zu fragen, wogegen sie jetzt noch demonstrieren können“ (das endet damit, dass der CGT-Chef zu einer „Demo gegen Pizzas“ aufruft, „weil meine Schwester letzte Woche eine Pizza gegessen hat, die schlecht schmeckte“) soll allein deren Nutzlosigkeit herausstreichen.

Als nackte Propaganda erweist sich ein Bericht über das angebliche neue Konzept von UN-Generalsekretär Kofi Annan: „In wenigen Jahren werden die Ausländer in der Mehrzahl der Länder in der Überzahl sein. Aber wenn die Ausländer zahlreicher sind als die Einheimischen, dann sind sie auch keine Ausländer mehr. Man muss das nur noch den dummen und reaktionären Leuten im Westen beibringen.“

Und die Verschwörungstheorie wird über ein Fake über die „Neujahrswünsche 2004 von Ossama Bin Laden“ verbreitet, worin dieser angeblich versehentlich (bei einer Mikrophonprobe, die dann unerwartet gesendet wird) aufdecke, dass er „aus dem CIA-Hauptquartier spricht“ und von sich selbst sage, dass „ich für Amerika arbeite“.

Bernhard Schmid, Paris ■

Ungewissheit für Flüchtlinge

Innenminister streben ab Frühjahr 2004 Abschiebungen nach Afghanistan an

Mit Spannung und Besorgnis warteten Tausende Flüchtlinge in Deutschland auf das Ergebnis der zweitägigen Konferenz der Länderinnenminister mit Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) in Jena, die am gestrigen Freitag, 21.11. beendet wurde. Denn die Innenminister hatten auf ihrer Frühjahrskonferenz im Mai 2003 nach Protesten von Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen davon abgesehen, einen Termin für den Beginn von Zwangsrückführungen nach Afghanistan festzulegen. In den letzten Wochen gab es unter den Betroffenen jedoch große Verunsicherung, als der Hamburger Innensenator Dirk Nockemann (Schill-Partei) Abschiebungen noch vor dem Winter verlangte; der bayerische Innenminister Günther Beckstein (CSU) kündigte Zwangsrückführungen ab Frühjahr 2004 an. Dem widersprach NRW-Innenminister Fritz Behrens (SPD) im Morgenmagazin des WDR am Donnerstag: „Es ist unverantwortlich, jetzt Flüchtlinge in dieser Situation nach Afghanistan schicken zu wollen. Auch der Irak ist dafür noch nicht sicher genug."

Geeinigt hat man sich auf einen Kompromiss, der für die Flüchtlinge weitere Ungewissheit bedeutet. Zwar wird es keine sofortigen Zwangsmaßnahmen geben, aber die Innenminister streben an, die Rückkehr von Kriegsflüchtlingen nach Afghanistan möglichst noch im Frühjahr 2004 einzuleiten. Für den Irak soll die freiwillige Rückkehr Vorrang haben. Thüringens Innenminister Andreas Trautvetter (CDU) gab zu, dass die Situation in beiden Ländern außerordentlich schwierig sei. Man wolle aber „Rückführungen in Angriff nehmen, sobald es die Sicherheitslage gebietet".

Mit diesen schwammigen Formulierungen versuchte die Innenministerkonferenz, sich alle Möglichkeiten offenzuhalten, aber zugleich den Anschein zu erwecken, die öffentliche Kritik ernst zu nehmen. Im Vorfeld der Konferenz in Jena gab es von vielen Seiten Proteste gegen die geplanten Zwangsabschiebungen. Die Generalsekretärin der deutschen Sektion von Amnesty International, Barbara Lochbihler, äußerte die Befürchtung, „der Staat will Härte zeigen". Amnesty International sei geradezu empört, daß ernsthaft über Abschiebungen nach Afghanistan nachgedacht werde, während man gleichzeitig monatelang habe suchen müssen, um für die Bundeswehr einen halbwegs sicheren Einsatzort außerhalb Kabuls zu finden. Die Lage sei – vor allem für Frauen – so unsicher, dass sogar das Angebot der Stadt Hamburg, freiwilligen Rückkehrern 1000 Euro Startkapital mitzugeben, kaum wahrgenommen werde.

Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) zog seine Flüchtlingshelfer aus Afghanistan am Dienstag zurück. Zum Irak gab der UNHCR einen Lagebericht, wonach er weder die freiwillige Rückkehr von Flüchtlingen unterstützen noch gar die zwangsweise Abschiebung akzeptieren könne. Pro Asyl plädierte nachdrücklich für einen Abschiebestopp, auch bezüglich der Kosovo-Flüchtlinge. Dem schloss sich – nachdem man anfangs von ihr in dieser Debatte gar nichts gehört hatte – die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Staatssekretärin Marieluise Beck, an. Auch andere Innenpolitiker der Grünen und der FDP äußerten sich ablehnend zu den geplanten Zwangsrückführungen. Die PDS Saar forderte die Wiederherstellung des Asylrechts. Am Donnerstag schließlich veranstaltete die „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen" eine Demonstration in Jena gegen die restriktive Flüchtlingspolitik von Bund und Ländern. Damit wurde wenigstens ein Teilerfolg erzielt. Aber nur mit weiterem öffentlichen Druck werden die Innenminister davon abzuhalten sein, bei nächster Gelegenheit Schutzsuchende zwangsweise in die unsicheren Kriegsgebiete abzuschieben.

Ulla Jelpke, junge Welt, 22.11.03 ■



Keine Wahl, aber eine Stimme

Jena. Vom 19. bis zum 21. November trafen sich die Innenminister der deutschen Bundesländer in Jena. Aus diesem Anlass rief die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen gemeinsam mit anderen Flüchtlings- und antirassistischen Gruppen zum Protest auf. Zu einer bundesweiten Demonstration am 20. November kamen rund 600 Menschen nach Jena. In der vorhergehenden Pressekonferenz und in den Redebeiträgen auf der Auftaktkundgebung am Holzmarkt im Zentrum von Jena wurde scharfe Kritik an den aktuellen Plänen der Innenminister formuliert: an der geplanten Abschaffung der behördlichen Informationspflicht bei Abschiebungen, an der Kriminalisierung des Widerstands gegen Abschiebungen, an den Vorbereitungen massenhafter Abschiebungen von Kriegsflüchtlingen u.a. nach Afghanistan, die die Ressortchefs für das Frühjahr 2004 anstreben.

Darüber hinaus wurde die „Residenzpflicht" und rassistische Polizeikontrollen verurteilt.

Flüchtlinge aus Togo, aus dem Iran, aus dem Kongo und von den Philippinien sowie VertreterInnen der Roma und Ashkali berichteten über die Lage in ihren Herkunftsländern und den Widerstand gegen Diktatur und Krieg, über ihren Alltag in Deutschland und über die Angst ihrer Kinder, über Nacht plötzlich abgeschoben zu werden.

Der anschließende Demozug durch die Innenstadt von Jena war laut und bunt, mit vielen Transparenten (zwei waren über 50 Meter lang), Musik und powervollen Sprechchören: „Stopp, stopp, stopp, Abschiebung stopp", „Innenministerkonferenz-abschaffen, Polizeibrutalität-abschaffen"... Insgesamt eine sehr beeindruckende Demonstration, die jedoch wenig Interesse bei der umstehenden Bevölkerung fand. Der Kommentatorin der hiesigen Jenaer Zeitung, so konnte mensch am nächsten Tag lesen, war die Demonstration schlicht zu laut.

Der Umzug endete vor dem Hotel Esplanade, dem Tagungsort der Innenminister. Diese waren zu diesem Zeitpunkt jedoch nicht in ihrem Hotel, sondern zum Fototermin auf der nahegelegenen Leuchtenburg. Eine Delegation der Ashkali und Vertreter der Karawane, der TogoerInnen und der Roma übergaben einem Mitarbeiter des thüringischen Innenministers Trautvetter ihre Forderungen nach Abschiebestopp und Anerkennung der Lage in ihren Herkunftsstaaten.

Quelle: Karawane München, Die Bilder sind vom Umbruch Bildarchiv. Eine Bilderseite gibt es unter http://www.umbruch-bildarchiv.de/bildarchiv/ereignis/201103jena.html ■

Keine Abschiebung – Knäste – Lager

Demonstration und Kundgebung am Internationalen Tag der Menschenrechte
Mittwoch 10. Dezember 2003, 18 Uhr, Offenbach, Marktplatz

Asyl…

Für viele Tausende, die vor dem Terror des Hitlerfaschismus aus Deutschland zu fliehen versuchten, war die Gewährung von Asyl im Exil die letzte Rettung vor den Nazis. Fast alle europäischen Länder und die USA verschärften ab 1938 ihre Einreisebestimmungen derart, dass diese Fluchtmöglichkeit den meisten verwehrt blieb. Diese Erfahrungen führten 1949 zur Verankerung des Grundrechts auf Asyl im Grundgesetz (GG) der BRD. 1993 wurde dieses Grundrecht nach einer beispiellosen rassistischen Hetze faktisch abgeschafft. 2002 erreichten dadurch nur noch 71.127 Menschen lebend und legal die BRD, um einen Asylantrag zu stellen. Gerade einmal 20% so viele wie 1992 – und das nicht, weil die Welt soviel friedlicher und gerechter geworden wäre.

… und Migration

1962 startete die BRD eine beispiellose Kampagne zur Anwerbung von für die deutsche Wirtschaft notwendigen Arbeitskräften. Bis in die 70er Jahren folgten ca 4,2 Mio Menschen diesem Ruf der Arbeit"geber". Doch schon 1973 antwortete das deutsche Kapital auf Ölkrise und Rezession mit Anwerbestopp und der Erfindung des Wortes „Wirtschaftsflüchtling". Damit leitete es die rassistische Ausgrenzung derjenigen ein, die zuvor in die BRD geholt wurden, für die BRD gearbeitet haben. Diese wurden plötzlich unerwünscht. Kurze Zeit später fand ein zweiter interessanter Wechsel der Wortwahl statt. Während vor 1989 der Fluchthelfer ein – im Ost-West-Konflikt angesiedelter – ehrsamer Beruf war, gibt es seitdem allerorten nur noch „Menschenschlepper".

… in der EU

Seit 1991 arbeiten die europäischen Regierungen an einer „Harmonisierung" des EU-Asylrechts. Ziel ist es, so wenig wie möglich unerwünschte Menschen die Festung Europa betreten zu lassen. Dabei hat sich die BRD mit einer besonders restriktiven Einwanderungspolitik, wie dem Flughafenverfahren, der sog. „Sicheren Drittstaaten"-Regelung oder der Erfindung der „Sicheren Herkunftsländer" als Vorreiter hervorgetan.

Diejenigen, die es dennoch geschafft haben, hierher zu kommen, sind neben vielen anderen rassistischen Schikanen auch mit dem staatlichen „Terror der Abschiebehaft" konfrontiert. Alle Menschen ohne deutschen Pass, die „ausreisepflichtig" sind, können in Abschiebehaft genommen werden. Abschiebehaft ist ein Instrument zur systematischen Abschreckung und Kriminalisierung von Menschen ohne deutschen Pass. Sie dient der kontrollierten und reibungslosen Abschiebung von unerwünschten Menschen.

Die „Straftat" eines Menschen, der in Abschiebehaft sitzt, ist es, ohne das „richtige Papier" in der BRD zu sein. Sei es, weil seine Gründe nicht anerkannt werden, aus denen er vor Krieg, Bürgerkrieg oder Zerstörung seiner Lebensgrundlagen geflohen ist. Oder weil ihm keine Chance eingeräumt wird, hier nach einem besseren Leben zu suchen.

In Offenbach existiert seit 1995 ein Abschiebeknast. Dieses Spezialgefängnis wurde durch eine rot/grüne Regierung unter dem Deckmantel eines „Modellcharakters der Abschiebehaft" eingeführt. Heute sitzen hier ca. 60 Abschiebehäftlinge. Der damalige grüne Justizminister Plottnitz sprach von einer „möglichst menschenwürdigen Unterbringung derjenigen, die in Abschiebehaft gehen müssen" und von einer „möglichst sensiblen Behandlung derjenigen, die sich in einer schwierigen Situation befinden."

Widerspruch

„Man ist hier wie ein Krimineller. Man hat sich hierhin geflüchtet, nun fasst man uns und steckt uns ins Gefängnis. (...) Aber in Gefängniszellen zu sitzen, ohne etwas begangen zu haben, ...wie soll das ein Mensch akzeptieren?" (ein Abschiebehäftling)

ES GIBT KEINEN GUTEN KNAST

Abschiebehaft und die ständige Angst vor der drohenden Abschiebung ins Ungewisse sind eine besondere Form der psychischen Folter. Allein zwischen 1993 und 2002 haben 45 Menschen in Abschiebehaft ihr Leben gelassen, mindestens 243 haben sich selbst verletzt oder versuchten, sich umzubringen.

Widerstand…

von Menschen in Abschiebehaft war und ist immer wieder kraftvoll, er zieht sich durch die jüngere Geschichte der Abschiebehaft seit 1993 in der BRD mit Hungerstreiks, Barrikaden, Dachbesetzungen und Revolten ... denn „wie soll das ein Mensch akzeptieren?"

Und auch vor den Mauern der Abschiebeknäste regt sich Widerstand. Widerstand gegen eben diese Knäste, aber auch gegen den staatlichen und gesellschaftlichen Rassismus, der dem Einzelnen das Treten nach unten erleichtert und die kapitalistische Ausbeutung effektiviert.

„(...) jeder Mensch hat das Recht, selbst zu entscheiden, wo und wie er leben will. Der Regulierung von Migration und der systematischen Verweigerung von Rechten steht unsere Forderung nach Gleichheit in allen sozialen und politischen Belangen entgegen, nach der Respektierung der Menschenrechte jeder Person, unabhängig von Herkunft und Papieren."

Aus dem Aufruf
„kein mensch ist illegal"
www.aktivgegenabschiebung.de ■

Aufruf

Wer lange hier lebt, muss bleiben dürfen!

■ [illegible]

■ [illegible]

■ [illegible]

Wir appellieren an die Bundesregierung, die Bundesländer, die Mitglieder des Vermittlungsausschusses und die Fraktionen:

- Verankern Sie eine Bleiberechtsregelung im Zuwanderungsgesetz!
- Schaffen Sie erfüllbare Voraussetzungen für einen Übergang von der Duldung zum Aufenthaltsrecht.

Wer lange hier lebt, muss bleiben dürfen!

■ **Initiiert von Dr. Christian Schwarz-Schilling, Bundesminister a.D. und PRO ASYL, bundesweite Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge**

[illegible]

☐ [illegible] ☐ [illegible]

Unterschriften einsenden an: Pro Asyl e.V. PF 160624, 60069 Frankfurt a.M.

Biederfrau und Brandstifter

ERLANGEN. Seit Wochen tobt in Erlangen ein Theaterstreit. Ausgelöst hatte die hitzige öffentliche Debatte die Grüne-Liste-Fraktion im Stadtrat, die als einzige bemerkt hatte, dass Theaterintendantin Sabina Dhein in den Spielplan 2003/2004 ein Kriegs- und Propagandastück aus der NS-Zeit hineingeschmuggelt hatte. Von einem „zu Unrecht vergessenen Autor" Hans Rehberg ist die Rede im Programmheft, dessen „ambivalente Haltung" zum NS-Regime es rechtfertige, aus „dem widersprüchlichen Gehalt seines komplexen Werkes" das Stück „Die Wölfe" zur Aufführung zu bringen. Die Grüne Liste hakte nach und förderte Erstaunliches zu Tage.

Hans Rehberg, Jahrgang 1901, war seit 1930 Mitglied der NSDAP, Kulturwart unter Goebbels in Berlin, später Leiter des Kulturamts der pommerschen „Kraft durch Freude"- Bezirksleitung und Kriegsberichterstatter bei Admiral Dönitz. Als Schwiegersohn des Dr. Erich Lübbert, der in Werften und südafrikanischen Diamantenminen machte, hatte er beste Verbindungen in jenen Industriellenkreis hinein, der im November 1932 in einem Geheimschreiben an Hindenburg die Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler forderte. Auch das Drama „Die Wölfe" ist keineswegs widersprüchlich, vielmehr halten hier eine Handvoll Offiziere noch 1944 die Blut-und-Boden-Ideologie hoch und kämpfen wild entschlossen „fürs Vaterland". Gestorben wird freilich hin und wieder auch in dieser ehrenwerten Gesellschaft der Ritterkreuzträger – die solcherart zur Witwe gewordene preußische Gutsbesitzerin presst schockiert ein „Oh!" hervor, besinnt sich aber dann rechtzeitig im dritten Akt wieder ihrer Pflichten.

Als auf diese Informationen hin die ersten Proteste laut wurden, versuchte die CSU, die Aufführung ins nahegelegene „Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände Nürnberg" abzuschieben. Die dortige wissenschaftliche Leitung jedoch winkte ab, mit diesem „braunen Schrott" wolle man nichts zu tun haben und rate dringend zur Absetzung des Stücks. Der Kulturausschuss der Stadt Erlangen kam jedoch mit der Theaterleitung überein, die Aufführung durch ein „Begleitprogramm" in Form einer Ausstellung und einer Diskussion zu entschärfen. Ohnehin, so die neue Sprachregelung von Intendantin Dhein, sei kritische Distanz ganz in ihrem Sinne, gerade deshalb wolle sie ganz bewusst „Giftschränkchen öffnen". Regisseur Marc Pommerening betont nun bei jeder Gelegenheit, die Inszenierung sei doch eigentlich als Requiem auf das Sterben im Kriege gedacht. Rehbergs Drama biete hierfür im Gegensatz zu den bis zum Überdruss gespielten etwa von Borchert oder Brecht ganz neue Erfahrungshorizonte.

Solche Erfahrungen passen sicher nicht zufällig in aktuelle Geschichtsklitterungen. Zum Hineinwachsen in „deutsche Normalität" gehört nicht nur die Schlussstrichdebatte, sondern auch die „Pflege eines positiven Nationalbewusstseins". Fernsehdokumentationen über Vertreibungselend und deutsche Kriegsgefangene, Günter Grass Roman über die „Wilhelm Gustloff" oder Friedrichs Buch über den Bombenkrieg der Alliierten gegen die Zivilbevölkerung helfen mit, ein deutsches „Leidenssubjekt" zu prägen, das besinnungslos über die Millionen anderen Opfer des deutschen Faschismus hinwegsieht. Mit welchem Erfolg solche Manipulationen bereits in die Köpfe hineingetragen sind, zeigen die Diskussionen in Erlangen. Ein nicht geringer Teil der dortigen honorigen Theatergemeinde kämpft unter dem Banner der freien Meinungsäußerung verbissen um die Aufführung des Stücks „Die Wölfe" – CDU-Hohmann und KSK-General Günzel lassen grüßen. Kritiker aus den Reihen der jüdischen Gemeinde werden schon mal mit dem Satz abgefertigt, man „dürfe nicht vor Juden einknicken", Mitglieder der Grünen Liste werden anonym am Telefon darauf hingewiesen, man „habe sie beim Vergasen vergessen".

Die Premiere wurde – trotz heftiger Widerstände – für den 16. November angesetzt. Mit einer kurzfristig zusammengeschusterten „Begleitausstellung", die selbst Dhein als „unvollendetes Produkt" bezeichnet, wollen die Rehberg-Rehabilitierer die Legitimationskurve kriegen. Doch der Erlanger Widerstand gegen die „Rehabilitierung eines Nazischreiberlings" ließ sich dadurch nicht bluffen. Über 100 ErlangerInnen folgten dem Aufruf der „Initiative gegen Nazipropaganda auf der Bühne" zu einer Gegendemonstration. Der Protest – unter Beteiligung der Erlanger jüdischen Gemeinde – war deutlich. „Schluss mit dem Nazitheater in Erlangen", „Keine Bühne für Nazis"... Die Stadträtin der „Grünen Liste", Claudia Bittner, zitierte aus Protestbriefen von Gerhard Zwerenz und Ralph Giordano an die Theaterleitung. „Vielleicht hoffen Sie..., das Seekriegs-Drama antinazistisch spielen zu können. Warum dann Rehberg und nicht Goebbels, von dem es ja auch ein Bühnenwerk gibt." (Zwerenz). „Es ist charakteristisch für die Auseinandersetzung der deutschen Nachkriegsgeschichte mit der Nazizeit, dass sich dabei nur zu einem Bruchteil mit den deutschverantworteten Opfer befasst wird, der ‚Rest' aber mit den Tätern oder im Dienste der Täterschaft...Von Ausnahmen abgesehen sind sie [die Täter] nicht nur straffrei davongekommen, sondern konnten ihre Karrieren auch unbeschadet fortsetzen." (Giordano).

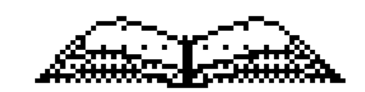


Proteste bei der Premiere von „Die Wölfe"

Hans-Hermann Hann von der „Initiative" warf dem Theater Erlangen und seiner Indentantin die „Rehabilitierung eines Nazischreiberlings" vor. „Heute sollen die unsäglichen Inhalte durch die Hintertür der angeblichen kritischen Auseinandersetzung mit Rehberg's ‚Wölfen' rehabilitiert und wieder salonfähig gemacht werden." Hann stellt dabei den Bezug her zur Geschichte und Gegenwart Erlangens: „Aber vergessen wir nicht: In unserer Stadt war der erste rechtsextremistisch motivierte Mord in der Bundesrepublik Deutschland. Der jüdische Mitbürger Schlomo Levin und seine Lebensgefährtin Frieda Poeschke wurden 1980 von einem Mitglied der rechtsextremistischen Wehrsportgruppe Hoffmann kaltblütig ermordet...[Es] tummeln sich hier die intellektuellen Scharfmacher der rechten Szene in einzelnen Burschenschaften, bei deren nächtlichen Besäufnissen schon mal das Horst Wessel Lied über die Straße gebrüllt wird. Und ausgerechnet hier in dieser Stadt soll heute unter dem Banner der „Freiheit der Kunst" ein Nazi-Dichter rehabilitiert werden?... Sehr geehrte Frau Dhein, der Schoß ist fruchtbar noch aus dem das kroch... Lassen Sie das Stück heute Abend nicht spielen."

Die Premiere konnten die Demonstranten nicht verhindern. Dafür sorgte schon ein Aufgebot an Polizei und Bereitschaftspolizei (ausgerüstet mit Handschellen, Schusswaffen, Schlagstock, Videokamera), das die Demonstranten weg vom Theatereingang hielt. Doch wurde erreicht, dass Geschichtsbewältigung im Gewande der „Spielbarkeit" von Naziautoren, versteckt hinter angeblicher „kritischer Auseinandersetzung", verhindert wurde und eine große kritische Öffentlichkeit den Theaterskandal noch lange nicht als erledigt betrachtet.

Isa Paape, Hans Hoyer ■



Schallende Ohrfeige für die junge Bundesrepublik

– „Das Personenlexikon zum Dritten Reich" –

Und wieder ist Ernst Klee ein publizistisches Meisterwerk gelungen, das den Leser zugleich traurig und wütend stimmen kann. Der vor allem für seine Bücher über die Nazi-Medizin und Euthanasie bekannt gewordene Träger des Geschwister-Scholl-Preises hat sich nun an „Das Personenlexikon zum Dritten Reich" heran gewagt. Das rund 730-seitige Buch hat den Untertitel „Wer war was vor und nach 1945".

Jeder der rund 4.300 Einträge in dem in dieser Art einmaligen Personenlexikon ist eine schallende Ohrfeige für diejenigen, die nach dem Zusammenbruch des Naziregimes in der jungen Bundesrepublik Deutschland das Sagen hatten. Denn sie vermochten es – ob bewusst oder unbewusst – nicht, viele Nachkriegs-Karrieren von überzeugten und aktiven Nazi-Anhängern oder willfährigen Bütteln der nationalsozialistischen Herrschaft zu verhindern. Klee berücksichtigt in seiner Abhandlung die Bereiche Justiz, Kirchen, Wohlfahrtseinrichtungen, Kultur, Wirtschaft, Publizistik, Wissenschaft, Medizin, Polizei, Wehrmacht sowie tragende Personen aus Sa, SS und NSDAP.

Hier nur fünf von Tausenden Beispielen, die Ernst Klee akribisch und quellensicher zusammengetragen hat.

Beispiel Kurt Amend: Der SS-Sturmbannführer, ausgezeichnet mit dem Kriegsverdienstkreuz II. Klasse mit Schwertern, leitete während der Nazi-Zeit das gesamte Fahndungswesen des Reichskriminalpolizeiamtes – einschließlich der besetzten Gebiete. Zugleich fungierte er als Schriftleiter des „Deutschen Kriminalpolizeiblatts". Nach dem Ende des Nazi-Regimes vergingen nur wenige Jahre und Amend durfte wieder angebliche oder tatsächliche Verbrecher jagen: Beim Bundeskriminalamt stieg er erneut zum Cheffahnder – und zum Regierungskriminaldirektor – auf.

Ernst Féaux de la Croix diente den Nazis in der völkerrechtlichen Abteilung des Reichsjustizministeriums und war dort sowohl für den Rechtsstatus von Ausländern als auch für die Behandlung „Fremdvölkischer" zuständig. Unter anderem verfasste er als Co-Autor eine wichtige Denkschrift der „Akademie für Deutsches Recht" des „Reichsrechtsführers" und Ministers Hans Frank, in der auch ausschließlich deutschsprachigen „Fremdrassigen" das „Deutschtum" abgesprochen wurde. Nach 1945 avancierte er ausgerechnet zum obersten Bundesbeamten für die Wiedergutmachung von nationalsozialistischem Unrecht.

Erwin Finkenzeller, 1923 Teilnehmer am Hitler-Putsch in München, blieb diesem braunen Gedankengut treu. Bereits 1926 der NSDAP beigetreten, übernahm er die Werbeleitung in der Anzeigenabteilung des „Völkischen Beobachters" und arbeitete später unter anderem als Geschäftsführer im Werberat der Deutschen Wirtschaft. Nach 1945 setzte er seine Karriere mit einer nicht minder klangvollen Funktion fort, nämlich als Direktor in der Geschäftsführung der „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ).

SA-Rottenführer Willi Geiger, der in seiner Dissertation aus dem Jahre 1941 das Berufsverbot für jüdische Journalisten rechtfertigte, wirkte als Staatsanwalt beim Sondergericht Bamberg an Todesurteilen mit. Schon vier Jahre nach der Zerschlagung des Nazi-Regimes hatte er die Leitung des Verfassungsreferates des Bundesjustizministeriums übernommen. Geiger stieg zum Senatspräsidenten am Bundesgerichtshof und parallel am Bundesverfassungsgericht auf, war als solcher maßgeblich am so genannten Extremistenbeschluss des Bundesverfassungsgerichtes vom 22. Mai 1975 beteiligt und somit einer der juristischen Wegbereiter der Berufsverbote-Praxis in der Bundesrepublik.

Der Genetiker Hans Nachtsheim, Mitherausgeber der „Zeitschrift für menschliche Vererbungs- und Konstitutionslehre", hatte sich während der Nazi-Zeit das Spezialgebiet „Erblichkeit der Epilepsie" zugelegt. Ab 1941 führte er die Abteilung für Experimentelle Erbpathologie am Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie. Für Versuche in der Unterdruckkammer der Luftwaffe benutzte Nachtsheim behinderte Kinder der Mordanstalt Brandenburg-Görden. Nach 1945 gelang dem braunen Wissenschaftler die Mitgliedschaft im Bundesgesundheitsrat und später im Wiedergutmachungsausschuss des Bundestages (sic) – eine Funktion, die den Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes nicht daran hinderte, weiterhin die „Ausschaltung der Erbkranken aus der Fortpflanzung" per Gesetz zu fordern.

Thomas Klaus ■

Ernst Klee, Das Personenlexikon zum Dritten Reich – Wer war was vor und nach 1945 –, S. Fischer Verlag GmbH, 2003, ISBN3-10-039309-0, 29,90 Euro



Informationen Nr. 58 sind erschienen! Schwerpunkte: Widerstand von Sinti und Roma und widerständige Biografien. Das Heft kostet 5,50 Euro und ist beim Studienkreis Deutscher Widerstand, Rossertstr. 9, 60323 Frankfurt/Main zu beziehen.

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke; Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Die Junge Freiheit und Hohmann

Junge Freiheit Nr. 46 bis 49/2003

Das Blatt wird vom Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen unter anderem wegen antisemitischer Berichterstattung und Äußerungen beobachtet und führt zur Zeit zwei Gerichtsverfahren gegen die Landesregierung NRW wegen dieser Beobachtung. Man sollte annehmen, dass dies eine Redaktion zu vorsichtiger Berichterstattung über einen eklatanten Fall von Antisemitismus bewöge. Das Gegenteil ist der Fall. In den Ausgaben 46 bis 48, aber auch noch in der Ausgabe 49 ist die Auseinandersetzung um Hohmann und Hohmann selbst das Schwerpunkt-Thema. Bereits auf der Titelseite stellt die Redaktion Hohmann in eine Reihe mit dem ehemaligen Bundestagspräsidenten Philipp Jenninger und dem Schriftsteller Martin Walser, beide angeblich wie Hohmann zu Unrecht wegen ihrer Äußerungen des Antisemitismus verdächtigt. Auch in der nächsten Ausgabe stellt *Peter Freitag* den noch CDU-Abgeordneten Hohmann in eine Reihe mit Jenninger und Walser.

Christian Vollradt beschreibt in Ausgabe 46 Hohmann als „Mentor" des Blattes, der „ihre Kampagne für Pressefreiheit unterstützte. Ein Reserveoffizier, der schon mal die Wiedereinführung von Tapferkeitsauszeichnungen forderte. Ein gläubiger Katholik und dreifacher Familienvater, der vor ‚feiger' Toleranz gegenüber der Homosexualität warnte. Einer, der Entschädigungszahlungen auch für deutsche Zwangsarbeiter forderte. Und schließlich ein ... direkt gewählter Patriot, der ... in seinem CDU-Kreisverband ein Liederbüchlein verbreitete, in dem das Deutschlandlied in drei Strophen abgedruckt worden war." Hätten die Republikaner mehr Erfolg gehabt, Hohmann wäre wahrscheinlich bei ihnen gelandet.

In der Ausgabe 46 dokumentiert das Blatt die Rede vollständig und Doris Neujahr entwickelt ein Argument, in dem sie die altbekannte Lüge vom jüdischen Bolschewismus zwar nicht wiederholt, aber doch eindeutig umschreibt:

„Wer den Skandal ausruft, statt sich auf Fakten zu beziehen und zu argumentieren, der hat etwas zu verbergen. Man verschweigt vornehm, dass in Hohmanns Rede der Schatten des ungeklärten Historikerstreits von 1986/87 sichtbar wird. Für den überproportionalen jüdischen Anteil unter den kommunistischen Revolutionären führt die Wissenschaft eine Reihe überzeugender Gründe ... an. Der inkriminierte Umstand wird also historisiert, noch lieber aber tabuisiert. Denn er evoziert die Frage nach einer Historisierung des Nationalsozialismus als die überschießende Reaktion auf eine tief empfundene Bedrohung ... Diese Historisierung soll aus politischen und machttaktischen Gründen verhindert werden."

In der Ausgabe 47 nimmt *Günter Zehm* den amtlichen Volkstrauertag zum Anlass, um über mangelnde „Erinnerungskultur" zu klagen und zu behaupten, an diesem Tag werde nur noch der nichtdeutschen Opfer der vergangenen Weltkriege gedacht. Auch er findet dann einen Weg, den jüdischen Bolschewismus einzuführen: „Die , Affäre Hohmann/Günzel' passt genau in diesen Kontext, auch wenn an den inkriminierten Stellen des Hohmannschen Referats gar nicht an deutsche Opfer erinnert wurde, sondern an russische, ukrainische, weißrussische. Jene Millionen planvoll Erschossener und zu Tode Gehungerter kamen ins Bild, die von den Bolschewiken mitten im Frieden, ohne Kriegshandlung, umgebracht wurden auf Kommando eiskalter Politkommissare, von denen viele nun einmal jüdischer Herkunft waren."

In der Ausgabe 48 schließlich – Hohmann ist inzwischen aus der CDU-Fraktion ausgeschlossen und das Ausschlussverfahren aus der CDU in Gang gesetzt – befasst sich *Dieter Stein* mit dem Thema: „Die Union geht nicht gestärkt, sondern erheblich geschwächt aus dieser Affäre heraus. In einem Moment höchster Umfragewerte, in dem die Wähler der Union, wenn jetzt Bundestagswahlen wären, eine absolute Mehrheit bescheren würden, offenbart sie ihre geistige Führungslosigkeit und Kampagnenunfähigkeit. Die Union ging im Rahmen der Hohmann-Kampagne erneut dem von der Linken erfolgreich am Leben gehaltenen Mythos auf den Leim, CDU und CSU grenzten sich nicht konsequent genug gegen ‚rechts' ab." Und in einem Interview erklärt *Fritz Schenk*, einer der Initiatoren der Solidaritäts-Anzeige für Hohmann: „Der Vorwurf des Antisemitismus wiegt aber politisch zu schwer und moralisch zu ungeheuerlich, als dass wir ihn mit dieser Entscheidung (dem Ausschluss aus der Fraktion, d. Red.) auf uns sitzen lassen können. Laut Infratest-dimap-Umfrage meinen 49 Prozent der CDU-Mitglieder, dass man das, was Herr Hohmann gesagt hat, in unserem Land sagen dürfen muss. Die Union kann sich also nicht damit abfinden, dass künftig die Hälfte ihrer Mitglieder im Verdacht steht, latente Antisemiten zu sein."

In der Ausgabe 49 schließlich veröffentlicht das Blatt die Anzeige „Appell an Angela Merkel und Edmund Stoiber – Kritische Solidarität mit Martin Hohmann". Unterzeichnet haben den Appell bis dahin nicht 49% der CDU-Mitglieder, sondern etwa 2000 Mitglieder von CDU und CSU. Dieter Stein hofft darauf, dass sich der Aufruf als Basis-Appell mit Wirkung auf den CDU-Parteitag in Leipzig erweist. Bis jetzt deutet nichts darauf hin, dass sich seine Hoffnung erfüllt.

uld ■